

Ota Konrád

EX GERMANIAE LUX?
DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER NORD-
UND OSTDEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT
UND DER DEUTSCHEN UNIVERSITÄT PRAG 1935-1938

Im Herbst 1937 erschien in London ein schmales Bändchen mit dem Titel „The University of Prague. Modern Problems of the German University in Czechoslovakia“, für das Gray Boyce, Mediävist an der Universität Princeton, und der britische Historiker William Dawson als Autoren verantwortlich zeichneten.¹ Es präsentierte einen Überblick über die Geschichte der Prager Universität, wobei der weitaus größte Teil dem 19. Jahrhundert gewidmet war: der 1882 erfolgten Teilung in eine deutsche und eine tschechische Universität und der Entwicklung der deutschen Universität nach der Gründung der Tschechoslowakei im Jahr 1918. Diese Art kleiner populärwissenschaftlicher Publikation – das Bändchen von Boyce und Dawson umfasste gerade einmal 117 Seiten – stellte in den 1920er und 1930er Jahren keine Ausnahme dar: Die tschechische und die deutsche Wissenschaftsgemeinde² versuchten mit solchen Schriften die Öffentlichkeit im In- wie Ausland für ihre einander entgegengesetzten Positionen im so genannten Universitätsstreit einzunehmen. In diesem Streit ging es um die Frage, ob sich allein die tschechische Karlsuniversität als legitime Nachfolgerin der mittelalterlichen Prager Universität betrachten dürfe. Aus dieser Sicht, die auch das Universitätsgesetz (Lex Mareš) von 1920 proklamierte,

¹ Boyce, Gray C./Dawson, William H.: The University of Prague. Modern Problems of the German University in Czechoslovakia. London 1937.

² Vgl. dazu folgende Publikationen der Deutschen Universität Prag: Die Entstehung und Rechtsstellung der deutschen Universität in Prag. Prag 1919. – Das Gesetz vom 19. Februar 1920 über das Verhältnis der Prager Universitäten und seine Vorgeschichte. Prag 1920. – Das historische Recht der deutschen Universität in Prag. Ein Schlußwort ihres akademischen Senats. Praha 1930. Dieser Titel erschien anlässlich des 10. Jahrestags der „Lex Mareš“. – Als Reaktionen darauf erschienen auf tschechischer Seite: Prohlášení akademického senátu University Karlovy o projevu akademického senátu německé university vůči zákonu z 19.2.1920 [Erklärung des Akademischen Senats der Karlsuniversität Prag zur Äußerung des Akademischen Senats der Deutschen Universität über das Gesetz vom 19.2.1920]. Praha 1930. – Odpověď akademického senátu Karlovy university na konečné slovo německého akademického senátu [Antwort des Akademischen Senats der Karlsuniversität auf das letzte Wort des Deutschen Akademischen Senats]. Praha 1931. – Vojtíšek, Václav: Universita Karlova a boj Němců proti universitnímu zákonu z roku 1920 [Die Karlsuniversität und der Kampf der Deutschen gegen das Universitätsgesetz aus dem Jahr 1920]. Praha 1932. – Zu diesem Thema jetzt Hruza, Karel: Der tschechisch-deutsche Diskurs über die Gründungsurkunde der Universität in Prag vom 7. April 1348 während der Jahre 1882-1989. In: Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde 56 (2010) 209-271.

reichte die Tradition der Deutschen Universität Prag (DU) nicht weiter als bis ins Jahr 1882 zurück.³

Auch die tschechischen Historiker nahmen die auf Englisch verfasste Broschüre zur Kenntnis. Josef Šusta bezeichnete sie in seiner Rezension für den „Český časopis historický“ (Tschechische Historische Zeitschrift) als „Widerhall von Gelegenheitsbroschüren“ der Deutschen Universität und kritisierte ihre Parteilichkeit zugunsten der deutschen Seite sowie die zahlreichen sachlichen Fehler, die er auf die Unkenntnis der Geschichte der böhmischen Länder zurückführte.⁴ Auch Václav Vojtíšek stellte in seinem Feuilleton für die „Národní listy“ (Nationale Blätter) die Vermutung an, dass

[...] das Buch keine selbstständige Arbeit der genannten Autoren ist, die von wissenschaftlichem Interesse hervorgerufen wurde, von der Sehnsucht nach Erkenntnis und einem Sinn für Wahrheit, sondern ein Pamphlet, das im Wesentlichen in der sudetendeutschen Küche zusammengebraut wurde.⁵

Auf Zustimmung stieß das Werk indessen beim Rechtshistoriker Wilhelm Weizsäcker von der Deutschen Universität, der es in der „Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte“ rezensierte.⁶ Das war kein Zufall, denn Weizsäcker war gemeinsam mit anderen Prager deutschen Professoren direkt an der Entstehung der Broschüre beteiligt gewesen.

Das Buch von Dawson und Boyce war in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in Zusammenarbeit mit einem Teil der Professorenschaft der DU und reichsdeutschen Institutionen, in erster Linie der „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ (NOFG), konzipiert worden. Diese Kooperation beinhaltete neben der Erstellung der Universitätsbroschüre vor allem ein Programm, über das Assistentenstellen für sudetendeutsche Wissenschaftler an reichsdeutschen Hochschulen geschaffen wurden. Ferner waren die finanzielle Unterstützung sudetendeutscher wis-

³ Zákon ze dne 19. února 1920 o poměru pražských univerzit [Gesetz vom 19. Februar 1920 über das Verhältnis der Prager Universitäten]. In: Sbíрка zákonů [Gesetzessammlung, Sb.] Nr. 135 (1920) 319 f. – Es handelte sich zwar eher um eine Prestigefrage, was ihr Potenzial zur politischen Mobilisierung allerdings nicht im Geringsten minderte. Denn die Verbindung der Deutschen mit der von Karl IV. gegründeten Prager Universität, dieser bedeutenden Kultur- und Wissenschaftsinstitution, symbolisierte deren Anspruch auf die Führungsrolle in der Geschichte der böhmischen Länder. Daher wäre die offizielle Anerkennung dieser Kontinuität den kulturellen und historischen Ambitionen der deutschen Minderheit und ihren politischen Repräsentanten zugute gekommen.

⁴ Šusta, Josef. In: Český časopis historický (ČČH) 44 (1938) H. 1, 167-169.

⁵ Národní listy vom 19. 7. 1938, Nr. 196, 1 f.

⁶ Weizsäcker, Wilhelm. In: Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte 2 (1938) H. 2, 142-144. – Zu Weizsäcker vgl. Hruza, Karel: Wilhelm Wostry a Wilhelm Weizsäcker: vzorní mužové, řádní učenci a věrní vlasti synové [Wilhelm Wostry und Wilhelm Weizsäcker: vorbildliche Männer, anständige Wissenschaftler und der Heimat treue Söhne]? In: Soukup, Pavel/Šmabel, František (Hgg.): Německá medievistika v českých zemích do roku 1945 [Die deutsche Mediävistik in den böhmischen Ländern bis 1945]. Praha 2004, 305-352 (Práce z dějin vědy 18). – Ders.: „Wissenschaftliches Rüstzeug für aktuelle politische Fragen.“ Kritische Anmerkungen zu Werk und Wirken der Historiker Wilhelm Weizsäcker und Wilhelm Wostry. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO) 54 (2005) H. 4, 475-526.

senschaftlicher Organisationen und Bildungsvereine sowie Gastvorlesungen vorgesehen. Diese Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen der Prager Deutschen Universität und reichsdeutschen Institutionen ab Mitte der 1930er Jahre sind vor allem deswegen eine nähere Untersuchung wert, weil diese einen Beitrag zum Verständnis der reibungslosen Hinwendung zum nationalsozialistischen Deutschland, dessen Ideologie und expansionistischen Ambitionen, leisten kann, die ein beträchtlicher Teil des Professorenkollegiums der DU bereits vor 1938 vollzog. Offenbar schufen genau jene Projekte, mit denen sich der vorliegende Aufsatz befasst, in den 1930er Jahren eine Verbindung zwischen den Staats- und Parteistrukturen des nationalsozialistischen Deutschland und sudetendeutschen Institutionen und trugen so zum Transfer der nationalsozialistischen Ideologie in das Milieu der kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Eliten der Sudetendeutschen bei. Zugleich verschaffte diese Kooperation den Vertretern der reichsdeutschen wissenschaftlichen und politischen Institutionen die nötigen Informationen über die Verhältnisse vor Ort.

Zwar sind die Kontakte, die die Deutsche Universität Prag in der Zwischenkriegszeit mit Deutschland unterhielt, nicht gänzlich unerforscht, systematisch analysiert wurden sie allerdings noch nicht.⁷ Zu der Frage, welchen Einfluss die verschiedenen Organisationen und Institutionen des „Dritten Reichs“ auf die sudetendeutsche Gesellschaft und insbesondere auf deren politische Szene hatten, die nach

⁷ Zu diesem Thema sind in letzter Zeit erschienen: *Ehlers*, Klaas-Hinrich: „Wissenschaft im Volkstumskampf“ der Sudetendeutschen – mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland. In: *Höhne*, Steffen/*Udolph*, Ludger (Hgg.): *Deutsche – Tschechen – Böhmen. Kulturelle Integration und Desintegration im 20. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien 2010, 245-264 (Intellektuelle in Prag. Personen, Konzepte, Diskurse 1). Ehlers befasst sich mit der finanziellen Unterstützung der Sudetendeutschen Partei durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). – Direkt zur Zusammenarbeit zwischen NOFG und DU vgl. *Mišková*, Alena: *Die Deutsche (Karls-)Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums*. Prag 2007, 20 f. – *Vomáčková*, Věra: *Německá universita v Praze mezi Mnichovem a 15. březnem 1939 [Die Deutsche Universität Prag zwischen München und dem 15. März 1939]*. In: *Acta Universitatis Carolinae – Historia Universitatis Carolinae Pragensis (AUC HUCP)* 4 (1963) 3-19, hier 6. – Zur Beziehung der NOFG und der „Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ (SOFG) zur Tschechoslowakei vgl. auch *Fahlbusch*, Michael: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945*. Baden-Baden 1999, 239-246 und 286-291. – Zu Eduard Winter vgl. *Němec*, Jiří: „... neboť být historikem znamená podílet se na duchovním vedení svého lidu.“ *Poznámky ke vztahu politiky a dějepisectví v německé historiografii v Československu 1918-1938* [... denn Historiker zu sein, bedeutet sich an der geistigen Führung seines Volkes zu beteiligen.“ Anmerkungen zur Beziehung zwischen Politik und Geschichtsschreibung in der deutschen Historiografie in der Tschechoslowakei 1918-1938]. In: *Acta historica et museologica universitatis Silesianae Opaviensis* 7 (2007) 435-450, hier 443-448. – Die Kontakte, die die DU vor 1933 in Deutschland unterhielt, beschreibt auch *Haar*, Ingo: „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung zwischen Volksgruppen-Bildung und Münchener Abkommen: Eduard Winter, Eugen Lemberg und die Nationalisierung und Radikalisierung des deutsch-katholischen Wissenschaftsmilieus in Prag (1918-1938). In: *Hahn*, Hans Henning/*Hahn*, Eva (Hgg.): *Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten*. Frankfurt/Main u. a. 2007, 207-242 (Deutschland und das östliche Europa 1).

den Wahlen vom Frühjahr 1935 von der Sudetendeutschen Partei (SdP) dominiert wurde, liegen indessen mehrere Untersuchungen vor. So hat etwa Ronald M. Smelser, der von einer Unterscheidung zwischen „traditionalistischen“ und „radikalen“ Ansätzen der NS-Außenpolitik ausgeht, die dynamische Entwicklung der reichsdeutschen Politik gegenüber den Auslandsdeutschen einerseits, die wachsenden Spannungen innerhalb der SdP andererseits geschildert, die 1938 im Sieg der „radikalen“ Linie mündeten.⁸

Die Politik Deutschlands gegenüber den deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa stellt jedoch auch für das Thema dieses Beitrags nur eine Seite der Medaille dar. Ebenso wichtig ist es, danach zu fragen, auf welche Impulse aus dem sudetendeutschen Milieu Deutschland mit ideeller, finanzieller und organisatorischer Unterstützung reagierte. Genau dieser Frage, wie sich die Einstellungen der Sudetendeutschen im Verlauf des Jahres 1938 entwickelten, hat sich unlängst Detlef Brandes gewidmet. Er hat die ideologischen und atmosphärischen Veränderungen innerhalb der sudetendeutschen Gesellschaft analysiert und gezeigt, wie sich diese im Wahlverhalten niederschlugen.⁹ Obgleich sich Brandes nur am Rande mit den deutschen Professoren befasst, gibt seine Darstellung der Stimmung, die im Frühjahr und Sommer 1938 im böhmischen und mährischen Grenzland herrschte, einen Einblick in die spezifische Stellung dieser Berufsgruppe. Die Prager deutschen Professoren, Dozenten und Assistenten bewegten sich in einer ganz anderen Umgebung als die „gewöhnlichen“ Sudetendeutschen. Daher lässt sich der Faktor, den Brandes als entscheidend für das politische Handeln sudetendeutscher kleinbürgerlicher oder ländlicher Kreise identifiziert hat, kaum auf diese besondere Gruppe übertragen. Brandes macht den gesellschaftlichen Druck, der von der Wirtschaftskrise noch verstärkt wurde, als Hauptgrund dafür aus, dass politische und ideelle Einheit erzwungen und ein solch hohes Maß an sozialer Kontrolle im Alltag durchgesetzt werden konnte, dass die ostentative Uniformität schließlich auch ins reale politische Handeln überging. Die Lehrkräfte der Deutschen Universität waren in diesen Prozess nicht unmittelbar einbezogen – das bedeutet allerdings nicht, dass sie sich in einer Art sozialem, politischem und kulturellem Vakuum bewegt hätten. Gegen die zahlenmäßig beschränkte, keineswegs jedoch unbedeutende Gruppe demokratischer Wissenschaftler setzten sich an der Deutschen Universität Prag Vertreter derjenigen wissenschaftlichen Konzeptionen durch, die der Legitimierung der historischen und kulturellen Bewegung, die von der SdP repräsentiert wurde, dienten.

⁸ Smelser, Ronald M.: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933-1938. Von der Volkstumspolitik zur Nationalsozialistischen Außenpolitik. München 1980 (VCC 36). – Auf tschechischer Seite muss in diesem Zusammenhang vor allem Jaroslav Kučeras Studie genannt werden: *Kučera, Jaroslav: Mezi Wilhelmstraße a Thunovskou. Finanční podpora Německé říše Sudetoněmecké straně v letech 1935-1938* [Zwischen Wilhelm- und Thunstraße. Die finanzielle Unterstützung des Deutschen Reiches für die Sudetendeutsche Partei in den Jahren 1935-1938]. In: ČČH 95 (1997) 387-409. – Mit dem reichsdeutschen Einfluss auf die zahlreichen sudetendeutschen Vereine hat sich vor allem Andreas Luh befasst. Vgl. *Luh, Andreas: Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung*. 2. Aufl. München 2006 (VCC 62).

⁹ Brandes, Detlef: Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938. München 2008 (VCC 107).

Diese bewusst gepflegte Verbundenheit eines Teils der Prager Professoren mit ihren „Volksgenossen“ in der Provinz hatte durchaus einen sozialen Hintergrund: So waren z. B. von den insgesamt 82 Professoren und Dozenten, die in der Zwischenkriegszeit an der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität wirkten, 51 in den böhmischen Ländern geboren worden – davon allerdings lediglich zehn in Prag. Der größte Teil von ihnen war an der DU promoviert und auch habilitiert worden bzw. erhielt dort schließlich eine Professur. Ihre Jugend und die erste Phase ihrer Sozialisation hatten die meisten Professoren der Prager Deutschen Universität also im ausgesprochen bescheidenen Milieu der sudetendeutschen Provinz verbracht und ihre Bindung an dieses Milieu blieb auch im Verlauf der akademischen Karriere eng.¹⁰ Hinzu kam, dass die überwiegende Mehrheit dieser Männer Mitglied in einem der wichtigen sudetendeutschen Traditionsvereine wie dem „Bund der Deutschen in Böhmen“ oder dem „Deutschen Kulturverband“ war – Vereinen, die in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre den bereits erwähnten Prozess ideologischer und struktureller Vereinheitlichung und Einigung durchliefen.

So kann man die Hochschullehrer der Deutschen Universität also als Gruppe beschreiben, die als intellektuelle, soziale und kulturelle Elite der Sudetendeutschen zwar nicht in deren Hauptsiedlungsgebieten lebte, sich aber bewusst zu dieser bekannte und in vielen Fällen aktiv auf deren politische Meinungsbildungsprozesse und ihre Repräsentanz einwirkte. Trifft dieses Bild zu, so stellt sich die Frage nach der Nationalisierung, Politisierung und letztlich Nazifizierung eines beträchtlichen Teils der deutschen Hochschullehrer in der Tschechoslowakei ab Mitte der 1930er Jahre in verschärfter Form, denn gerade von dieser Elite hätte man aufgrund ihres intellektuellen Potenzials und ihrer Bildung die Fähigkeit erwarten können, das eigene Denken und Handeln zu reflektieren. Vereinfacht gesagt: Wenn Brandes überzeugend nachgewiesen hat, dass Gruppendruck und Exklusionsdrohungen einen wichtigen Faktor dafür darstellten, dass sich die Sudetendeutschen im Frühjahr und Sommer 1938 zu der immer radikaler gegen die Tschechoslowakei gerichteten Politik der SdP bekannten, dann handelte es sich im Fall der deutschen Professoren bei diesem Einverständnis in weitaus höherem Maße um eine bewusste ideologische und politische Selbsteinordnung als um den Ausdruck des Bedürfnisses, nicht aus der Gemeinschaft auszuschließen. Der vorliegende Aufsatz geht deshalb der Frage nach, wie es dazu kommen konnte, dass ein beträchtlicher Teil der Prager deutschen Professoren, die zu diesem Zeitpunkt noch immer tschechoslowakische Beamte waren, öffentlich für eine zum Nationalsozialismus tendierende und gegen die Republik gerichtete Politik Stellung bezog.

Einführend ist es allerdings nötig, jene bereits mehrfach erwähnte Gruppe von Hochschullehrern, die während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre als Adressaten wie auch aktive Träger der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Universität

¹⁰ In meiner Dissertation habe ich die soziale und geografische Herkunft der Hochschullehrer der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität Prag für die Jahre 1918 bis 1945 analysiert und gruppenbiografisch aufgearbeitet. Vgl. *Konrád, Ota: Humanitní obory v době nacionálního socialismu. Srovnání universit v Lipsku, Vidni a v Praze* [Geisteswissenschaftliche Fächer in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Vergleich der Universitäten Leipzig, Wien und Prag]. Unveröff. Dissertationsschrift. Praha 2007, 198–204.

und reichsdeutschen Institutionen fungierte, zunächst einzugrenzen und dann näher zu charakterisieren. Die vorliegende Studie fragt in erster Linie, weshalb der Tschechoslowakischen Republik die Loyalität aufgekündigt wurde. Diese Abkehr zeigte sich am deutlichsten darin, dass sich die betreffenden Hochschullehrer im Frühjahr 1938 offen zur SdP bekannten, während der Krise von München massenhaft aus Prag ins „Dritte Reich“ flohen bzw. in das „Sudetendeutsche Freikorps“ eintraten.¹¹ Es liegt nahe, dieses Phänomen mit dem begrifflichen Apparat zu untersuchen, den Martin Schulze Wessel in seinen Studien zu Loyalität entwickelt hat.¹²

Die Professoren, Dozenten und Assistenten der Deutschen Universität Prag bzw. der Philosophischen Fakultät, wo sich die Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Stellen größtenteils abspielte,¹³ lassen sich hinsichtlich ihrer Loyalität gegenüber der Tschechoslowakei in drei Hauptgruppen einteilen. Da die Grenzen zwischen diesen Gruppen mitunter fließend waren, sollte man eher von drei Idealtypen sprechen: Zur ersten Gruppe gehörten die Hochschullehrer, die dem neuen Staat gegenüber nicht nur grundlegende Loyalität zeigten, in dem Sinne, dass sie dessen Gesetze und Regeln einhielten,¹⁴ sondern sich mit der Tschechoslowakischen Republik und ihren Repräsentanten identifizierten und somit das „Loyalitätsangebot“¹⁵ dieses Staates annahmen. An der Philosophischen Fakultät zählten insbesondere die Philosophen

¹¹ Zur Flucht deutscher Hochschullehrer aus Prag nach Deutschland im September 1938 siehe *Mišková, Alena*: Deutsche Professoren aus den böhmischen Ländern. „Flüchtlinge“ in der Zeit vor und nach den Münchener Verhandlungen. In: *Gletuler, Monika/Mišková, Alena* (Hgg.) *Prager Professoren 1938-1948. Zwischen Wissenschaft und Politik*. Essen 2001, 27-44 (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 17).

¹² *Schulze Wessel, Martin*: „Loyalität“ als geschichtlicher Grundbegriff und Forschungskonzept: Zur Einleitung. In: *Ders.* (Hg.): *Loyalitäten in der Tschechoslowakischen Republik. Politische, nationale und kulturelle Zugehörigkeiten*. München 2004, 1-22 (VCC 101).

¹³ Darauf weisen zumindest die Namen der Organisatoren dieser Zusammenarbeit und die Ausrichtung der unterstützten Projekte sowie die beteiligten Personen hin.

¹⁴ Man könnte sich auch vorstellen, dass die Bereitschaft, die Gesetze eines Landes einzuhalten, als Norm akzeptiert wird, die den allgemeinen Regeln menschlichen Zusammenlebens entspricht, während dem Staat dennoch die Loyalität verweigert wird. Eben auf diese Unterscheidung zwischen der Einhaltung von Gesetzen auf der einen und der (vorläufigen) Verweigerung von Loyalität gegenüber einem neuen Staatswesen auf der anderen Seite versuchte die „Eiserne Magnifizenz“, Rektor August Naegle, alle Bediensteten der DU in den ersten Monaten nach der Entstehung der Tschechoslowakei zu verpflichten. Anfang November 1918 übersandte er den Dekanen der einzelnen Fakultäten eine vorformulierte Stellungnahme, mit der alle Angestellten auf die erwartete Aufforderung, den Eid auf den neuen Staat zu leisten, reagieren sollten. In der Stellungnahme, die vom Akademischen Senat der DU gebilligt wurde, heißt es: „Als [Leerstelle] der deutschen Universität in Prag unterstehe ich den akademischen Behörden, deren Entschlüssen ich insbesondere in einer so wichtigen Frage, wie es die Ablegung des Treueides ist, jedenfalls abwarten muß. Ich bitte darum mit der Abforderung des Treueides für den tschechoslowakischen Staat bis zur Schlußfassung des akademischen Senats zuzuwarten und sich vorläufig mit dem Gelöbnis zu begnügen, daß ich die Gesetze des Staates befolgen und nichts unternehmen werde, um die öffentliche Ordnung und Ruhe zu stören.“ Archiv Univerzity Karlovy [Archiv der Karlsuniversität, AUK], Akademický senát Německé univerzity v Praze [Akademischer Senat der Deutschen Universität Prag, NU AS], Kart. 82. Anlage zum Schreiben Naegles an das Dekanat, Prag 7. 11. 1918.

¹⁵ *Schulze Wessel*: „Loyalität“ als geschichtlicher Grundbegriff 18 (vgl. Anm. 12).

Oskar Kraus und Christian von Ehrenfels zu dieser Gruppe.¹⁶ Aber auch viele Slawisten sind hier einzuordnen – an erster Stelle Franz Spina, dessen aktivistisches Konzept nicht nur Ausdruck einer politischen Strategie war, sondern sich auch in seinem Verständnis der Slawistik als einer offenen Kulturwissenschaft widerspiegelte, die zwischen der slawischen und der deutschen Welt vermitteln sollte.¹⁷

Auf der anderen Seite des Spektrums standen die Professoren und Dozenten, die von Anfang an eine negative Haltung gegenüber dem neuen Staat eingenommen hatten. In einigen Fällen ging die Illoyalität so weit, dass sie die Gesetze des tschechoslowakischen Staates nicht einmal mehr nach außen hin respektierten.¹⁸ Was ihr

¹⁶ Die Geschichte der deutschsprachigen Philosophie in den böhmischen Ländern stellt nach wie vor ein wissenschaftliches Desiderat dar. In diesem Zusammenhang sei zumindest auf den VIII. Internationalen Philosophenkongress in Prag hingewiesen, der den Höhepunkt der Zusammenarbeit zwischen tschechischen und deutschen Philosophen in der Ersten Republik bildete.

¹⁷ Zur Slawistik an der DU vgl. vor allem die Arbeiten von Klaas-Hinrich Ehlers: *Ehlers, Klaas-Hinrich: Die Slavische Rundschau 1929-1940. Porträt, Programm und Entwicklung einer Prager Zeitschrift.* In: *Brücken. Germanistisches Jahrbuch Tschechien-Slowakei* 5 (1997) 149-204. – *Ders.: Die Gründung der Germanoslavica. Vorgeschichte des deutsch-tschechischen Zeitschriftenprojekts 1929 bis 1931.* In: *Germanoslavica. Zeitschrift für germano-slawische Studien* 8 (2001) H. 1, 83-103. – *Ders.: Agonie und Nachleben einer deutsch-tschechischen Zeitschrift. Dokumente zum Ende der Germanoslavica aus den Jahren 1932 bis 1942.* In: *Brücken. Germanistisches Jahrbuch Tschechien-Slowakei* 8 (2002) 179-222. – *Pešek, Jiří: Deutsche Slawistik an der Prager Universität 1909-1945 im Lichte ihrer Dissertationen.* In: *Svatoš, Michal/Velek, Luboš/Velková, Alice* (Hgg.): *Magister noster. Sborník statí věnovaných in memoriam prof. PhDr. Janu Havránekovi CSc.* [Sammelband in memoriam Prof. Dr. Jan Havránek, CSc.]. Praha 2005, 231-240. – Aus der älteren tschechischen Literatur auch: *Šimeček, Zdeněk: Slavistika na německé univerzitě v Praze a zápasy o její charakter* [Die Slawistik an der Deutschen Universität Prag und die Kämpfe um ihren Charakter]. In: *AUC HUCP* 28 (1988) H. 2, 31-58. – Wichtige Erkenntnisse zu Franz Spina wird der Sammelband der Konferenz „Franz Spina – ein Prager Slavist zwischen Universität und politischer Öffentlichkeit“ (Prag 2010) erbringen.

¹⁸ Das traf unter den Hochschullehrern der Philosophischen Fakultät der DU vor allem auf den Germanisten Erich Gierach zu, der ein wichtiger Organisator wissenschaftlicher, kultureller und bildungspolitischer Veranstaltungen war. Tschechoslowakische Organe verdächtigen Gierach der Spionage für das nationalsozialistische Deutschland. In deutscher Sprache verfassten anonymen Briefen an das Prager Innenministerium zufolge war es Gierachs Aufgabe, den Vorstand der SPD zu beobachten, der vor der Verfolgung ins tschechoslowakische Exil geflohen war. Allerdings gelang es den Polizeiorganen nicht, diese Verdächtigung auch zu beweisen. *Národní archiv* [Nationalarchiv, NA], *Prezidium zemského úřadu v Praze* [Präsidium der Landesbehörde Prag, PZÚ Praha], 207-719-6. *Presidium ministerstva vnitra Presidiu zemského úřadu v Praze* [Präsidium des Innenministeriums an das Präsidium der Landesbehörde in Prag]. Praha, 21.10.1933. Das anonyme Schreiben liegt dem Brief bei. – Indessen waren Gierachs schriftliche Verbindungen zur Parteizentrale in München ein offenes Geheimnis. NA, PZÚ, 207-719-6. *Zemské četnické velitelství v Praze, oddělení Liberec Zemskému četnickému velitelství v Praze* [Leitung der Landesgendarmerie in Prag, Abteilung Reichenberg, an die Leitung der Landesgendarmerie in Prag]. Liberec, 23.5.1935, *Tajné* [Geheim]. – Gierach soll auch verbotene Zeitschriften und Post aus Deutschland erhalten haben, die er nach dem Lesen verbrannte. NA, PZÚ, 207-719-6. *Policejní ředitelství v Liberci Presidiu zemského úřadu v Praze* [Polizeidirektion Reichenberg an das Präsidium der Landesbehörde in Prag]. Liberec, 23.9.1936. – Hinter seinem Weggang an die Universität München 1936 stand angeblich die drohende

öffentliches Wirken, aber auch ihre Tätigkeit an der Universität betrifft, sind sie der Gruppe der „deutschnationalen Politiker und Publizisten“ zuzuordnen, die versuchten, „das Entstehen von Loyalität gegenüber der Republik zu vereiteln und eine sudetendeutsche Binnenloyalität gegen die Tschechen aufzubauen“.¹⁹

Für den Verlauf der Ereignisse im Herbst 1938 und Frühjahr 1939, also für die rasche Durchführung personeller Säuberungen an der Universität und die Übernahme der Hochschulgesetze des nationalsozialistischen Deutschland, die die universitäre Freiheit und Autonomie beträchtlich einschränkten,²⁰ war allerdings die dritte und zahlenmäßig stärkste Gruppe ausschlaggebend. In ihrem Fall kann man von einer Art pragmatischer und überaus brüchiger Loyalität dem tschechoslowakischen Staat gegenüber sprechen, also von jener Form von Loyalität, die Schulze Wessel als „Loyalität auf Widerruf“ bezeichnet hat. Dieses nicht sehr feste Gefühl der Bindung an den Staat, sein politisches System, seine Kultur und Mentalität gründete auf dem Zusammenspiel einer ganzen Reihe von Faktoren, unter denen die Karrierechancen und wissenschaftlichen Möglichkeiten, die der Staat dem Einzelnen bot, nicht an letzter Stelle rangierten. Eine Rolle spielte freilich auch der Mangel an tatsächlichen Alternativen, gegenüber denen der Einzelne hätte Loyalität aufbauen können. Dieser Typus einer Vernunftloyalität gegenüber der Republik wurde jedoch von innen wie von außen immer stärker bedroht. Die sudetendeutsche Identität wurde zu einer Loyalitätsinstanz, die alle anderen ausschloss, und bestimmte sowohl die politische Rhetorik als auch das politische Handeln. Darüber hinaus gewann sie entscheidenden Einfluss auf das Denken über Bildung und Wissenschaft, deren Aufgabe nun als „Dienst an der Nation“ aufgefasst wurde. Neben dieser sudetendeutschen Binnenloyalität wirkte jedoch auch ein wachsender Druck von außen: Immer un verhüllter warb das nationalsozialistische Deutschland um die so genannten Auslandsdeutschen, immer aggressiver griff es die Minderheitenpolitik der Prager Regierung an.

Der Prozess, in dem sich die Einstellung und das Verhalten dieses Teils der Hochschullehrer der DU von pragmatischer Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat über eine illoyale Rhetorik 1938 bis schließlich hin zu offen illoyalem Verhalten wandelte, vollzog sich schrittweise. Sein Verlauf und die Bedingungen, unter denen sich diese allmähliche Abwendung vollzog, werden in diesem Beitrag nachgezeichnet.

Zwischen pragmatischer Loyalität und der Suche nach neuen Partnern

Es ist kein Zufall, dass es in den Reihen der Hochschullehrer gerade in den 1930er Jahren zur Erschütterung dieser pragmatischen Loyalität kam. Mitte der 1930er Jahre wirkte sich die Wirtschaftskrise auf das Hochschulwesen und die universitäre Forschung der Republik aus – und damit auch auf die Deutsche Universität Prag.

Verhaftung durch die tschechoslowakischen Organe. Siehe: *Simon, Gerd: Die hochfliegenden Pläne eines „nichtamtlichen Kulturministers“.* Erich Gierachs „Sachwörterbuch der Germanenkunde“. Tübingen 1998, 3.

¹⁹ *Schulze Wessel: „Loyalität“ als geschichtlicher Grundbegriff* 21 (vgl. Anm. 12).

²⁰ Zum Prozess der Eingliederung der DU in das reichsdeutsche Hochschulsystem vgl. *Mišková: Die Deutsche (Karls-)Universität 76-87* (vgl. Anm. 7).

Die Sparmaßnahmen, die das Ministerium für Schulwesen und Volksaufklärung erließ, um der Krise Herr zu werden, führten nicht nur zu einer Absenkung der Gehälter der Hochschullehrer, sondern auch dazu, dass die regulären staatlichen Zuwendungen deutlich geringer ausfielen und außerordentliche Zahlungen gänzlich eingestellt wurden. Diese Zuwendungen bildeten allerdings die Hauptquelle für die Finanzierung der Universitätsinstitute, der universitären Forschung und ihrer Veröffentlichungen. Außerdem blieben aufgrund der Sparmaßnahmen immer mehr Professuren vakant. So waren 1934 von 363 ordentlichen Professuren in der Republik 78 nicht besetzt: „De facto fehlt also eine Universität etwa in der Größenordnung der Masaryk-Universität“, konstatierte in diesem Zusammenhang Viktorin Vojtěch, Professor der Karlsuniversität, auf der Konferenz der tschechoslowakischen Hochschullehrer.²¹

Diese wirtschaftlichen Probleme betrafen zwar ohne Unterschied alle Hochschulen in der Tschechoslowakei, doch an der Deutschen Universität bereiteten sie den Boden für die willige Annahme von Hilfe aus dem Deutschen Reich. Zudem war die Atmosphäre hier zu Beginn der 1930er Jahre von wachsenden Spannungen geprägt gewesen, die im Herbst 1934 im Insignienstreit – der Auseinandersetzung um die Insignien der Karlsuniversität, die die Deutsche Universität bei der Teilung 1882 an sich genommen hatte und deren Herausgabe die tschechische Karlsuniversität nun forderte – ihren Höhepunkt erreichten. Eine der Folgen dieses Konflikts war die demonstrative Weigerung des damaligen Rektors der DU, des Slawisten Gerhard Gesemann, im Namen seiner Alma Mater am Treffen der Rektoren der tschechoslowakischen Hochschulen teilzunehmen.²² Nach Jahren der Zusammenarbeit mit den anderen Hochschulen der Tschechoslowakei kehrte die Deutsche Universität Prag also zu dem isolationistischen Kurs zurück, den sie in den frühen 1920er Jahren verfolgt hatte.²³

²¹ AUK, Rektorát Německé univerzity v Praze [Rektorat der Deutschen Universität Prag, RNU], Kart. 34. Zápis jednání IV. konference rektorů čsl. vysokých škol, která se konala v pondělí 16. dubna 1934 [Protokoll der Verhandlungen der IV. Konferenz der Rektoren der tschechoslowakischen Hochschulen vom Montag, dem 16. April 1934].

²² Gesemann lehnte die Einladung zu dieser Konferenz in seinem Brief vom 12. 4. 1934 an den damaligen Rektor der Karlsuniversität, Karel Domin, ab. AUK RNU, Kart. 34. Gerhard Gesemann an Prof. Dr. Karl Domin, Karls-Universität. – Zu den Insignien der Prager Karlsuniversität vgl. *Hruza*, Karel: Der deutsche Insignien- und Archivalienraub aus der Prager Universität 1945. Mit einem Briefwechsel zwischen dem Universitätsarchivar Heinz Zatschek und dem Präsidenten der Monumenta Germaniae Historica Theodor Mayer. In: *Bohemia* 48 (2008) H. 2, 349-411.

²³ 1922 reagierte die „Vereinigung der Deutschen Hochschulprofessoren“ nicht auf die Einladung, sich am „I. Reichskongress der tschechoslowakischen Hochschullehrer“ zu beteiligen, der am 14. 5. 1922 unter der Schirmherrschaft von T. G. Masaryk im Prager Rudolfinum stattfand. Allerdings muss betont werden, dass die Organisatoren selbst den Kongress als Treffen der „tschechoslowakischen“ Hochschullehrer verstanden, was Jindřich Říha aus der Kanzlei des Präsidenten der Republik bei gemeinsamen Verhandlungen kritisierte. Archiv Kanceláře prezidenta republiky [Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik, AKPR], Kancelář prezidenta republiky [Kanzlei des Präsidenten der Republik, KPR], D 1349/45, Kart. 202. Záznam ze dne 5. května 1922 [Niederschrift vom 5. Mai 1922]. – Im darauf folgenden Jahr nahmen die deutschen Hochschulen der Tschechoslowakei an der Tagung der Rektoren teil.

Die politisch radikalisierte Situation der 1930er Jahre einerseits, die abnehmenden Möglichkeiten des tschechoslowakischen Staates, Lehre und Forschung finanziell zu fördern, andererseits können die Abwendung der Professoren der DU vom tschechoslowakischen Staat allerdings allein nicht erklären. Dieser Prozess wäre ohne die zielgerichtete Politik des nationalsozialistischen Deutschland nicht denkbar gewesen. Es gilt also den Blick darauf zu richten, wie die Prager deutschen Professoren auf die reichsdeutsche Politik gegenüber den so genannten Auslandsdeutschen reagierten.

Die schwindende Bereitschaft zur Kooperation innerhalb der Republik bildete einen fruchtbaren Boden für neue Kontakte und Partnerschaften der DU außerhalb des Landes. Von Anfang an fühlte sich das nationalsozialistische Deutschland für die im Ausland lebenden Deutschen zuständig. Dieses Interesse speiste sich aus einem ganzen Geflecht von Motiven, zu dem zusätzlich zu den traditionellen historischen, landeskundlichen, sprachlichen und geografischen Forschungen zu Ostmitteleuropa nun die politische Motivation trat, die „Erniedrigung“ von Versailles wieder gutzumachen und die propagandistischen Ziele des neuen deutschen Regimes durchzusetzen.

Die Beschäftigung mit der deutschen Nation einschließlich ihrer im Ausland lebenden Zweige, mit dem „deutschen Kulturboden“, wurde in Deutschland nach 1933 vor allem in regional ausgerichteten Forschungseinrichtungen, den „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“, institutionalisiert. Ihr Zentrum befand sich im Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin.²⁴ Die Forschungsgemeinschaften wurden größtenteils vom Reichsinnenministerium und vom Auswärtigen Amt finanziert. Für die Deutsche Universität Prag wurde ab 1934 die Berliner NOFG zum entscheidenden Ansprechpartner.²⁵

Die Kontakte der Prager Professoren zu Vertretern der Forschungsgemeinschaften waren zwar bereits älteren Datums,²⁶ doch offenbar sondierte die NOFG,

²⁴ Zu den Forschungsgemeinschaften vgl. vor allem: *Fahlbusch*: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? (vgl. Anm. 7). – *Haar*, Ingo: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. 2. Aufl. Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143).

²⁵ Die Tatsache, dass Smelser an keiner Stelle auf die NOFG und die „Volksdeutschen Vereine“ eingeht, ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass er sich in seiner Arbeit auf die Unterstützung konzentriert hat, die die SdP aus dem Deutschen Reich erhielt, und die Zusammenarbeit zwischen reichsdeutschen und sudetendeutschen Institutionen im Bereich der Wissenschaft, bei der die NOFG eine zentrale Rolle spielte, nicht Gegenstand seiner Untersuchung war. Allerdings ist es interessant, dass sich eben die NOFG der von Smelser vorgenommenen Unterscheidung zwischen „traditionalistischen“ und „radikalen“ Ansätzen entzog. Denn auf der einen Seite hätte sie mit ihrer institutionellen Verankerung, dem Rückhalt in der staatlichen Bürokratie, der personellen Besetzung und wissenschaftlichen Ausrichtung zu den „traditionalistischen“ Institutionen gehört, auf der anderen Seite müsste man ihre Aktivitäten vor allem nach Ausbruch des Krieges, die sie praktisch mit unveränderter personeller Zusammensetzung entfaltete, nach Smelser unzweifelhaft als „radikal“ bezeichnen. *Smelser*: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich (vgl. Anm. 8).

²⁶ Vgl. *Fahlbusch*: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? 286-291 (vgl. Anm. 7). – *Haar*: „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung 211-220 (vgl. Anm. 7). – *Ehlers*: „Wissenschaft im Volkstumskampf“ der Sudetendeutschen 251 (vgl. Anm. 7).

die sich ursprünglich auf Polen konzentriert hatte, 1934 das Prager und allgemein das deutsche Terrain in der Tschechoslowakei erstmals genauer. In diesem Zusammenhang kam in der NOFG der Gedanke auf, eine eigene „sudetendeutsche“ Konferenz einzuberufen, ein Vorhaben, das auch einige Prager Hochschullehrer befürworteten. So schlug zum Beispiel der Historiker Eugen Lemberg im März in einem Schreiben an den Leiter der NOFG, Albert Brackmann, vor, diese solle eine Konferenz organisieren, um die bislang unkoordiniert ablaufenden Forschungen im „Sudetenraum“ zu bündeln und mit der deutschen Forschung zu verbinden. Lemberg zufolge sollte die Konferenz einen Beitrag dazu leisten, „den Sudetenraum als einen geschlossenen, von deutscher Kultur getragenen Raum im deutschen Geschichtsbewusstsein zu erhalten“.²⁷

Hinter Lembergs Vorschlag stand eines der konzeptionellen und zugleich auch politischen Probleme, für die die sudetendeutsche Wissenschaft in den 1930er Jahren eine Lösung finden musste: Denn wenn es auf der einen Seite aus politischen Gründen opportun erschien, die Entstehung einer einheitlichen Identität der Sudetendeutschen zu fördern und aktiv zu unterstützen, drohte auf der anderen Seite die Gefahr, dass eine zu nachdrückliche Betonung „nationaler Eigenständigkeit“ der Sudetendeutschen deren Verbundenheit mit der deutschen „Mutternation“ überdecken und diese so aus dem gesamtdeutschen Kontext ausschließen könnte.²⁸ Dieses Dilemma beschrieb zum Beispiel Hermann Aubin, seinerzeit Professor der Geschichte an der Universität Breslau und regionaler Vertreter der NOFG, in seinem Bericht an Albert Brackmann über die Reichenberger Hochschulwoche 1935, die von der NOFG finanziell unterstützt worden war, als grundlegendes Problem sudetendeutschen Forschens:

Die Kulturarbeit bei den Sudetendeutschen steht unter zwei einander [...] entgegenlaufenden Bedingungen. [...] Auf der einen Seite geht es darum, das Bewußtsein der Gemeinschaft mit allen Deutschen und namentlich den Deutschen im Reiche zu stärken; auf der andern, die Sudetendeutschen zu ihren gemeinsamen Aufgaben fest zusammenzuschließen. Das erstgenannte Ziel zu erreichen, ist es dringend notwendig, daß die natürlich gewachsenen, jahrhun-

²⁷ Bundesarchiv (BArch), R 153/1321. Eugen Lemberg an Albert Brackmann, Münster, 12.5.1934. – Lemberg erhielt den Kontakt mit der NOFG auch weiterhin aufrecht; im Juni 1934 schickte er Brackmann und im Juli dessen Stellvertreter, Johannes Papritz, sein Buch über das nationale Bewusstsein (Wege und Wandlungen des Nationalbewusstseins. Studien zur Geschichte der Volkwerdung in den Niederlanden und in Böhmen. Münster 1934). Vgl. BArch, R 153/1321. Eugen Lemberg an Albert Brackmann, Münster, 21.6.1934. – BArch, R 153/1321. Eugen Lemberg an Johannes Papritz, Münster, 14.7.1934. – Allerdings gelang es Lemberg nicht, sich in der „Ostforschung“ durchzusetzen. Vgl. Haar: „Sudetendeutsche“ Sprachinselforschung 242 (vgl. Anm. 7). – Pohl, Karin: Die Soziologen Eugen Lemberg und Emmerich K. Francis. Wissenschaftsgeschichtliche Überlegungen zu den Biographien zweier „Staffelsteiner“ im „Volkstumskampf“ und in Nachkriegsdeutschland. In: *Bohemia* 45 (2004) H. 1, 24–76.

²⁸ Diesen Widerspruch stellt Smelser sowohl in der sudetendeutschen Politik als auch in der deutschen Außenpolitik fest und interpretiert ihn als Streit zwischen den „Traditionalisten“, deren Interesse in erster Linie der Entwicklung der deutschen Minderheiten im Ausland galt, und den „Radikalen“, deren alleiniges Ziel die Durchsetzung der nationalsozialistischen Ideologie und die Expansion Deutschlands war. Smelser: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich (vgl. Anm. 8).

dertealten, in Sprache und Sitte trotz aller Landesgrenzen lebendigen Beziehungen der einzelnen Randteile des deutschen Sprachgebietes in der Tschechoslowakei zu den benachbarten d[eu]tsch[en] Stammesgebieten immer wieder hergestellt und zur Wirkung gebracht werden. Auf der andern Seite verlangt die politische Abwehrarbeit eine gemeinsame Front der Sudetendeutschen.²⁹

Die Entstehung der Universitätsbroschüre

Vor dem Hintergrund des oben skizzierten ideologischen und politischen Kontextes konzentrierte sich das Interesse der Berliner NOFG an der Prager Universität – und vermittelt darüber am böhmischen Raum – in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre auf einige Hauptpunkte der Zusammenarbeit. Am Beginn dieser Kooperation stand die englische Broschüre über die Deutsche Universität Prag, an deren Vorbereitung sich über einige Jahre hinweg sowohl die Berliner Angestellten der NOFG als auch ein Teil der Prager Professoren beteiligt hatten. Die Broschüre sollte eine Art Gegenentwurf zu dem Buch bilden, das Jan Krčmář, Professor an der Juristischen Fakultät der Karlsuniversität und langjähriger tschechoslowakischer Schulminister, in englischer, deutscher und französischer Sprache in der Zeit des Prager Universitätsstreits vorgelegt hatte.³⁰ Die Entstehung der „Gegenschrift“ zu Krčmářs Buch, die den historischen Nachweis erbringen sollte, dass die Prager Deutsche Universität in rechtlicher wie symbolischer Hinsicht die Nachfolgerin der alten Prager Universität sei, wurde im Winter 1935 von dem damals amtierenden Prorektor der Deutschen Universität, dem Slawisten Gerhard Gesemann, initiiert.

²⁹ BArch R 153/1298. Hermann Aubin an den Herrn Generaldirektor der Staatsarchive Professor Dr. Brackmann, Breslau, 20.9.1935. Dieser Brief ist auch abgedruckt in: *Mühle*, Eduard (Hg.): Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910-1968. Marburg 2008, Brief Nr. 68, 214-217, hier 214 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas 7). – Zu Aubin auch: *Ders.: Für Volk und deutschen Osten*. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung. Düsseldorf 2005 (Schriften des Bundesarchivs 65). – Obwohl dieser Beitrag Wissenschaftsgeschichte aus sozialhistorischer Sicht untersucht und vor allem nach der institutionellen und politischen Verankerung des entsprechenden wissenschaftlichen Diskurses in der Politik und den Institutionen fragt, soll darauf hingewiesen werden, dass sich die von Aubin angedeuteten Dilemmata auch in den wissenschaftlichen Konzepten selbst widerspiegeln, die zu dieser Zeit an der DU erarbeitet wurden. Dies betraf in erster Linie die Konstruktion einer sudetendeutschen Geschichte durch den Historiker Josef Pfitzner und die Reinterpretation der deutschen Literatur in den böhmischen Ländern als sudetendeutsche Literatur durch den Literaturhistoriker Herbert Cysarz. Hinter beiden Konzepten stand das Bemühen, die „sudetendeutschen Stämme“ organisch miteinander zu verbinden und ihnen eine spezielle Aufgabe und im Zusammenhang damit eine besondere Stellung in den böhmischen Ländern zuzuschreiben. Nicht zuletzt sollten die Sudetendeutschen als „Grenzdeutsche“ wesensmäßig mit der deutschen „Mutternation“ verbunden sein. Dazu *Konrad*, Ota: „Denn die Uneignung der slawischen Völkergruppe bedarf keines Beweises mehr“. Die „sudetendeutsche Wissenschaft“ und ihre Einbindung in die zeitgenössischen Diskurse 1918-1945. In: *Schachtmann*, Judith/*Strobek*, Michael/*Widera*, Thomas (Hgg.): Politik und Wissenschaft in der prähistorischen Archäologie. Perspektiven aus Sachsen, Böhmen und Schlesien. Göttingen 2009, 69-98 (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien 56).

³⁰ *Krčmář*, Jan: *The Prague Universities*. Prague 1934; *Les Universités de Prague*. Prague 1934; *Die Prager Universitäten*. Prag 1934.

Gesemann versprach sich von der Publikation unter anderem auch die Stärkung des Ansehens seiner Universität im Ausland:

Bei der Uneinigkeit im tschechischen Lager würde eine internationale Erklärung für die Deutsche Universität erheblichen Wert haben. Wenn die Universität Prag aus ihrer jetzigen Winkelstellung einmal herauskommen sollte, müsste sie wieder europäische Bedeutung und Anerkennung gewinnen. Die Anerkennung ihres Rechtes und ihrer Tradition gehört unbedingt dazu.³¹

Um den Anschein von Objektivität zu vermitteln und damit die Wirksamkeit der Schrift im Ausland zu erhöhen, wurde die Broschüre als rein englische Arbeit geplant, der Zusammenhang „mit den sudetendeutschen oder reichsdeutschen Stellen [sollte] in keiner Weise zu erkennen sein“.³² Tatsächlich aber waren an ihrer Abfassung Prager deutsche Professoren maßgeblich beteiligt.³³ Zudem waren von Anfang an weitere Institutionen und Personen in die Realisierung des Projekts eingebunden, wie zum Beispiel der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA). Ein Teil der Kontakte zwischen Prag und Berlin lief über die deutsche Botschaft in Prag. So illustriert die Entstehung der Universitätsbroschüre zugleich die zielgerichtete Internationalisierung des sudetendeutschen Problems während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.

Im März 1935 wurde Wolfgang Kohte, der Vorsitzende der Forschungs- und Publikationsstelle der NOFG – der „Publikationsstelle Dahlem“ – und Leiter des polnischen Referats der NOFG, nach Prag entsandt, um dort das nötige Material zu besorgen, die entsprechenden Kontakte zu knüpfen und sich direkt vor Ort mit der Prager Situation vertraut zu machen.³⁴ Kohte traf sich mit den Historikern Anton Ernstberger, Gustav Pirchan und Josef Pfitzner, mit dem Rechtshistoriker Wilhelm Weizsäcker und dem Germanisten Erich Gierach, mit Rektor Otto Grosser und Prorektor Gerhard Gesemann sowie dem ehemaligen Rektor Mariano San Nicolò.

³¹ Gesemanns Worte zitiert Wolfgang Kohte in seinen handschriftlichen Aufzeichnungen über den Besuch in Prag: „In Prag suchte ich am Freitag d. 8. III.“ [wahrscheinlich 1935; O. K.] Prof. Gesemann auf“. In: BArch, R 153/1322. Hier schreibt er auch: „Prof. Gesemann kann als der eigentliche Urheber des Broschüren-Plans angesehen werden.“ *Ebenda*. – Mit den Worten „Uneinigkeit im tschechischen Lager“ wollte Gesemann vor allem darauf hinweisen, dass nicht alle Vertreter des tschechischen wissenschaftlichen und kulturellen Lebens die „Lex Mareš“ für richtig hielten und sich viele von ihnen öffentlich von dem tschechischen Nationalismus distanzieren, der im Streit um die Universitätsinsignien zum Ausdruck kam.

³² BArch, R 153/1322. Wolfgang Kohte an das Auswärtige Amt, Berlin, 8.5.1936.

³³ So sollten die Historiker Wilhelm Weizsäcker und Wilhelm Wostry für die beiden britischen Wissenschaftler Materialien für die Schrift vorbereiten. Wostry hatte offenbar die Aufgabe, eine Zusammenschau von Quellen zur Geschichte der Universität zu erstellen, um die ihn Brackmann im Februar 1935 bat. BArch, R 153/1322. Albert Brackmann an Wilhelm Wostry, Berlin-Dahlem, 23.2.1935. – Wegen gesundheitlicher Beschwerden konnte er den Termin allerdings nicht einhalten. BArch, R 153/1322. Wilhelm Weizsäcker an Wolfgang Kohte, Prag, 3.7.1935. – Zu Wostry auch *Lobmann*, Nina: Wilhelm Wostry und die „sudetendeutsche“ Geschichtsschreibung bis 1938. In: AUC HUCP 44 (2004) 45-145.

³⁴ Über Kohtes Besuch in Prag geben seine eigenen Aufzeichnungen Auskunft (vgl. Anm. 31). – Zu Kohte: *Fablbusch*: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? 221 (vgl. Anm. 7).

Gesemann, dessen persönliche Bekanntschaft Kohte erst in Prag machte, begrüßte den Besuch des Repräsentanten der NOFG zwar „mit lebhaften Worten als Zeichen des Interesses im Reich“ an der Deutschen Universität, Kohte zufolge sprach er sogar von einem „befruchtenden Frühlingsregen“;³⁵ indessen wurde der Besuch für Kohte selbst eher zu einer Enttäuschung. Denn zum einen zeigte sich, dass die Vorbereitungen für die geplante Schrift nicht besonders weit gediehen waren, zum anderen, dass nicht einmal unter den eingeweihten Prager Professoren Einigkeit in der Frage herrschte, ob sich die Publikation für die Universität nicht letztlich doch als kontraproduktiv erweisen würde.³⁶ Vor allem aber wurde Kohte mit den persönlichen Streitereien konfrontiert, die von den Rektorenwahlen der Jahre 1932 und 1933 ausgelöst worden waren.³⁷ Erich Gierach und Josef Pfitzner, die in diesem Konflikt in Opposition zu der vermeintlich demokratischen Gruppe um Gesemann standen, nahmen es mit großem Unwillen auf, dass Kohte Gesemann eine Einladung zu der Konferenz der NOFG in Waldbärenburg-Schellerau überbrachte. Dieses Treffen, zu dem neben Vertretern des VDA und der „Deutschen Akademie“ (DA) auch verschiedene deutsche Minister geladen waren, sollte dem Aufbau von Beziehungen zu Institutionen in den böhmischen Ländern und Schlesien dienen.³⁸ In seinem Ärger verbreitete Pfitzner über Gesemann, dieser „schwimme mit dem Strom und lasse sich im Reich fördern“.³⁹ Sowohl Pfitzner als auch Gierach hatten vor, Gesemann bei Brackmann zu denunzieren.⁴⁰ Nicht ohne Interesse ist es ferner, dass sich Kohte am zweiten Tag seines Prag-Besuchs auch mit Ernst Kundt traf, der Geschäftsführer der „Arbeits- und Vertretungszentrale des Deutschtums in der Tschechoslowakei“ und zudem Leiter des „Deutschpolitischen Amtes“ war, einer

³⁵ Handschriftliche Aufzeichnung Kohtes über seinen Besuch in Prag (vgl. Anm. 31).

³⁶ BArch, R 153/1322. Wolfgang Kohte an Albert Brackmann, Prag, 8.3.1935.

³⁷ Diese Konflikte wurden vor allem von politischen und ideologischen Gegensätzen an der Philosophischen Fakultät ausgelöst, die 1932 und 1933 den Kandidaten für das Amt des Rektors stellen sollte. 1932 wurde schließlich Mariano San Nicoló ein zweites Mal gewählt, was eine Ausnahme von der Regel darstellte, im darauf folgenden Jahr wurde Gerhard Gesemann Rektor, den die Professoren dem eindeutig nationalistisch gesinnten Erich Gierach vorzogen. Zum ersten Konflikt vgl. den kritischen zeitgenössischen Artikel: *Deml, Ferdinand*: Keine „ehrenwerten Männer“. In: Die Wahrheit. Unabhängiges Organ für öffentliche Fragen und offizielles Organ des Europäischen Zoll-Vereins in der Tschechoslowakischen Republik 11 (Juni 1932), Nr. 11, 5. Hier zit. nach: AUK RNU, Kart. 33. – Hakenkreuzlerská univerzita [Die Hakenkreuzler-Universität]. In: *Přítomnost* vom 8.6. 1932. – Zur zweiten Wahl und den darauf folgenden Denunziationen Gesemanns, die aus der Feder von Pfitzner stammten, vgl.: *Konrád, Ota*: Eine lange Feindschaft. Die Prager Professoren Erich Gierach und Gerhard Gesemann in der Tschechoslowakischen Republik und im Nationalsozialismus. In: AUC HUCP 43 (2003) H. 1/2, 173-192.

³⁸ Ausführlich dazu: *Fablbusch*: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? 244 f. (vgl. Anm. 7). – Die DA war in München angesiedelt, ihre vollständige Bezeichnung lautete „Akademie zur Wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums“.

³⁹ Pfitzners Ausspruch hielt Kohte in den Aufzeichnungen über seinen Besuch in Prag fest (vgl. Anm. 31).

⁴⁰ Kohte vermerkte über das Gespräch mit Pfitzner: „Prof. Gierach und Prof. Pfitzner wollten ihre Meinung bei der Tagung [in Waldbärenburg-Schellerau, O. K.] noch gegenüber dem Herrn Generaldirektor zum Ausdruck bringen.“ *Ebenda*.

Organisation, die die sudetendeutsche Politik koordinieren sollte.⁴¹ Zudem war die SdP von Anfang an in die Vorbereitung der Schrift eingebunden.

Das Material für die geplante Publikation sollte die Prager Seite vorbereiten, die Organisation übernahm man in Berlin und um die Finanzierung kümmerte sich die deutsche Regierung gemeinsam mit verschiedenen deutschen Nichtregierungsinstitutionen. So brachten das Reichsministerium des Inneren, das Auswärtige Amt, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie der VDA die Mittel für die erste Auflage auf.⁴² Was den Text der Broschüre betraf, rechnete Brackmann allerdings von Beginn an mit nichtdeutschen Autoren. Schließlich nahmen sich der britische Historiker William Harbutt Dawson, der sich in Brackmanns Augen durch sein „deutschfreundliches“ Buch „Germany under the Treaty“ qualifiziert hatte, und der von dem Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm empfohlene Gray Cowan Boyce der Aufgabe an.⁴³

Trotz der Energie, die man ihr in Berlin widmete, erschien die Broschüre „The University of Prague. Modern Problems of the German University in Czechoslovakia“ im Londoner Verlag Robert Hale and Company erst im Herbst des Jahres 1937. Der Grund dafür lag nicht etwa in einer verspäteten Abgabe der Texte – ganz im Gegenteil: Dawson hatte seinen Beitrag schon im Herbst 1935 an Brackmann geschickt und Boyce im Dezember desselben Jahres. Zu der Verzögerung kam es vor allem, weil der Anatom Otto Grosser, der Rektor und ab Mai 1935 Prorektor der Deutschen Universität Prag war, das Projekt mit wachsendem Unbehagen verfolgte und bereits im Frühjahr 1935 die Befürchtung äußerte, dass die Herkunft der Broschüre aus Prag trotz aller Vertuschungsmanöver letzten Endes dennoch erkennbar bleiben könnte.⁴⁴ Zusätzlich verstärkt wurden diese Sorgen sowohl von Daw-

⁴¹ Kundt stellte sich bei dem Gespräch mit Kohte allerdings hinter Gesemann. Er bezeichnete diesen als den „Repräsentanten des nationalen Gewissens an der Universität, der früher zwar vielen als zweideutig galt, aber im entscheidenden Augenblick die Charakterprobe bestand, indem er als einziger unter den leitenden Persönlichkeiten bei der höchsten Zuspitzung des Universitätskonflikts nicht die Nerven verlor.“ *Ebenda*. – Wie Gesemann kandidierte auch Kundt 1935 für die Prager SdP.

⁴² Die Kosten für die erste Auflage, die sich auf 2 826,25 RM beliefen, wurden von mehreren Institutionen gemeinsam übernommen: Das Reichsministerium des Innern zahlte 500 RM, das Auswärtige Amt 700 RM, das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda 550 RM, der VDA 500 RM. Vermittelt über den VDA steuerte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung weitere 500 RM bei, zudem erwarb der VDA 50 Exemplare der Broschüre zum Preis von insgesamt 76,25 RM. Siehe: BArch, R 153/1440. Verwendungsnachweis der Publikationsstelle, Berlin-Dahlem, über die ihr für die Veröffentlichung einer Broschüre über die Prager Deutsche Universität in den Rechnungsjahren 1935, 1936 und 1937 zur Verfügung gestellten Mittel.

⁴³ BArch, R 153/1322. Abschrift aus dem Brief des Herrn Prof. P. E. Schramm – Göttingen vom 4.3.1935.

⁴⁴ Aufzeichnungen Kohtes über seinen Besuch in Prag (vgl. Anm. 31). – Grossers Haltung hing angeblich mit seiner „vorsichtige[n] Natur“ zusammen. BArch, R 153/1322. Aktennotiz Kohte, 15.3.1935. – Ähnliche Befürchtungen brachte Grosser auch zwei Jahre später zum Ausdruck, als das Auswärtige Amt in Berlin der „Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik“, deren Vorsitzender er war,

sons weit reichenden Nachfragen zur neuesten Geschichte der Universität, die Brackmann Ende 1935 an ihn weiterleitete,⁴⁵ als auch von Dawsons Text selbst, der im Herbst 1935 über die Berliner Zentrale der NOFG nach Prag geschickt wurde. Grosser nahm Dawsons Beitrag mit Bedenken auf, die er im Dezember 1935 in einem Schreiben an Brackmann folgendermaßen formulierte:

Eine grundlegende Schwierigkeit bleibt bestehen. Die Schrift ist vorwiegend nach dem Rektorsbericht Nägles gearbeitet. War dieser schon, in stürmischer Zeit abgefasst, manchmal einseitig, so hat sich die Stellungnahme bei der verkürzten Wiedergabe eher verschärft, und es ist jetzt für uns die Frage, ob die Veröffentlichung im gegenwärtigen Zeitpunkt, da Verhandlungen zwischen den Universitäten zur Bereinigung der letzten Anforderungen des Universitätsgesetzes schweben, wünschenswert ist.⁴⁶

Im März des darauf folgenden Jahres bezog Grosser schließlich eine völlig ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt.⁴⁷ Zu dieser Entscheidung trug nicht nur die endgültige Fassung der Texte bei, sondern offenbar auch Dawsons Vorschlag vom Februar 1936, im Namen der westeuropäischen und amerikanischen Öffentlichkeit eine Art Manifest an die tschechoslowakische Regierung zu richten. Denn Dawson zufolge sollte die Publikation nicht nur „Ausdruck des Mitleides“ sein, sondern auch um „ein praktisches Resultat“ ergänzt werden.⁴⁸

1700 RM für die Publikation der Habilitationsschrift von Herbert Weinelt zusprach. Grosser schlug vor, das Auswärtige Amt solle „zur Verschleierung der Finanzquelle“ die DFG als Geldgeber anführen. Vgl. Ehlers: „Wissenschaft im Volkstumskampf“ der Sudetendeutschen 257 (vgl. Anm. 7).

⁴⁵ Dawson wandte sich Ende August mit insgesamt 16 „Prague University Questions“ an Brackmann. BArch, R 153/1322. Dawson an Albert Brackmann, 20.8.1935. – Am 11. September leitete Brackmann sie in deutscher Übersetzung an Grosser weiter. BArch, R 153/1322. Albert Brackmann an Otto Grosser, Berlin-Dahlem, 11.9.1935. – Grosser, der seinen „Historiker Kollegen“ die Beantwortung von Dawsons Fragen überließ, verhehlte seine Sorgen über die Ausgestaltung der geplanten Schrift nicht und wollte sich rückversichern, dass sich die DU ein Vetorecht bei der Veröffentlichung der Schrift vorbehalte: „Ich darf zum Schlusse, und gerade mit Rücksicht auf die hier wieder erörterten Punkte wohl nochmals der Meinung Ausdruck geben, dass die geplante Schrift, um nicht Angriffspunkte darzubieten, vor dem Erscheinen hier noch durchgesehen werden müsste.“ BArch, R 153/1322. Otto Grosser an Albert Brackmann, Prag, 21.9.1935.

⁴⁶ BArch, R 153/1322. Otto Grosser an Albert Brackmann, Prag, 6.12.1935. – Grosser weist in dem Brief auch darauf hin, dass einige von Dawsons Schilderungen des Umsturzes von 1918 an der Universität überzogen waren – so z. B. der Bericht über Überfälle auf deutsche Professoren auf den Straßen Prags oder die Behauptung, Räumlichkeiten der Deutschen Universität seien für neue staatliche Behörden beschlagnahmt worden. Auch was die Entfernung deutscher Aufschriften betreffe, habe Dawson übertrieben. Grosser zufolge seien diese Ereignisse „nicht ganz so schlimm“ gewesen, wie Dawson sie darstellte. *Ebenda*.

⁴⁷ BArch, R 153/1322. Otto Grosser an Albert Brackmann, Prag, 12.3.1936.

⁴⁸ BArch, R 153/1322. Übersetzung des Briefes von Dawson an Brackmann, Oxford, 10.2.1936. – Seinen eigenen Aussagen zufolge fühlte sich Dawson in dem Bemühen, das Manifest vorzubereiten, von dem Ehrendoktorat der Universität Königsberg ermutigt, welches er im Winter 1936 erhalten hatte. *Ebenda*. – Offenbar war die Initiative, Dawson auszuzeichnen, von Brackmann ausgegangen. BArch, R 153/1322. Margarete Gärtner, Wirtschaftspolitische Gesellschaft, an Albert Brackmann, Berlin, 9.1.1936. – Margarete Gärtner und die Wirtschaftspolitische Gesellschaft halfen der NOFG, Kontakte in Westeuropa und den USA anzuknüpfen.

Grossers Haltung stand auch in Zusammenhang mit der allmählichen Beruhigung, die nach der Wahl Karl Hilgenreiners zum neuen Rektor der Deutschen Universität in den Beziehungen zwischen den beiden Prager Universitäten eingeleitet war. So befand Grosser, dass

[...] der gegenwärtige Moment überhaupt für eine Veröffentlichung in dem geplanten Sinn kaum in Frage kommt. Zuerst müssen die großen Spannungen sich gelöst haben. Aber auch abgesehen davon verspreche ich mir leider von einer solchen Aktion keine direkten praktischen Ergebnisse, zumal inzwischen das Gesetz [die „Lex Mareš; O. K.“] in seinen übrigen Ansprüchen in einer für uns noch erträglichen Form durchgeführt wird.⁴⁹

Grossers wachsender Widerstand gegen die Verwirklichung der Universitätsbroschüre zeigt allerdings in erster Linie, dass unter jenen Professoren, die einer engen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland prinzipiell gewogen waren, selbst noch in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre Zurückhaltung gegenüber einer vollständigen Hinwendung zum undemokratischen Nachbarn der Tschechoslowakei vorherrschte. Dabei muss allerdings offen bleiben, ob hinter dieser Zurückhaltung Ängstlichkeit stand oder tatsächlich ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, ein Modell für das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik zu finden.

Falls Grosser davon ausgegangen war, dass die Deutsche Universität Prag in Bezug auf die Veröffentlichung der Broschüre ein Vetorecht haben würde, musste er

⁴⁹ BAArch, R 153/1322. Otto Grosser an Albert Brackmann, Prag, 12.3.1936. – Zu Karl Hilgenreiner, dem Theologen und Vorsitzenden der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei vgl. Šebek, Jaroslav: Aktivistická a nacionální názorová linie v rámci politických elit německé křesťansko-sociální strany na příkladu Roberta Mayr-Hartinga a Karla Hilgenreinera [Die aktivistische und nationale Strömung in den politischen Eliten der Christlichsozialen Partei am Beispiel von Robert Mayr-Harting und Karl Hilgenreiner]. In: Marek, Pavel/Hanuš, Jiří (Hgg.): Osobnost v církvi a politice. Čeští a slovenští křesťané ve 20. století [Persönlichkeit in Kirche und Politik. Tschechische und slowakische Christen im 20. Jahrhundert]. Brno 2006, 394-410. – Zum sudetendeutschen politischen Katholizismus in der Ersten Republik: Šebek, Jaroslav: Mezi křížem a národem. Politické prostředí sudetněmeckého katolicismu v meziválečném Československu [Zwischen Kreuz und Nation. Das politische Milieu des sudetendeutschen Katholizismus in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit]. Brno 2006. – Als neu gewählter Rektor weckte Hilgenreiner die Erwartung auf eine Beruhigung der Situation. Solche Hoffnungen nährte auch die Audienz in der Kanzlei des Präsidenten, zu der Hilgenreiner Ende November 1935 geladen wurde: Hilgenreiner „[...] äußert sich ungewöhnlich versöhnlich und gemäßigt, er lobt die freundschaftlichen Kontakte zum Rektor der Karlsuniversität Dr. Friedrich. Er trage sich mit Plänen, wie man nicht nur die Professoren der beiden nationalen Lager annähern könnte, sondern auch die Studenten. Unlängst habe er an einer Besprechung teilgenommen, bei der auch Prof. Dr. Domin zugegen gewesen sei. Die deutschen Teilnehmer dieser Besprechung seien überrascht von Domin's gemäßigtem Auftreten gewesen. Als Politiker wisse er selbst allerdings sehr gut, dass man in einer Situation, in der es um persönliche Kontakte in wissenschaftlichen Angelegenheiten geht, anders aufzutreten als unter politisch Gleichgesinnten. Das Gespräch wechselte dann auf das Feld von Literatur, Sprache und Politik und der Eindruck des Besuches des Rektors, das muss zugegeben werden, war ungewöhnlich positiv.“ AKPR, KPR, sign. D 12372/38, Kart. 132. Záznam z Hilgenreinerovy návštěvy v KPR [Protokoll von Hilgenreiners Besuch in der Kanzlei des Präsidenten der Republik], 29. 11. 1935.

sehr bald feststellen, dass er sich geirrt hatte. Die Angelegenheit war bereits so weit gediehen und mit so vielen Erwartungen verbunden, dass weder Brackmann noch die NOFG bereit waren, den Plan ganz aufzugeben. Auf Brackmanns Initiative hin mischte sich das Auswärtige Amt bzw. die deutsche Botschaft in Prag in das Geschehen ein.⁵⁰ Dabei unterstützten die deutsche Botschaft in den Quellen nicht näher identifizierte Vertreter der Prager deutschen Studentenschaft, die Grosser „übertriebene Ängstlichkeit“ vorwarfen.⁵¹ In ihrem Bericht vom Juni 1936 widersprach die Botschaft daher Grossers Sicht der Dinge mit dem Argument, diese würde darauf hinauslaufen, prosudetendeutsche Propaganda im Ausland per se unmöglich zu machen:

Gerade daran aber, dass das Ausland die wahren Verhältnisse in der Tschechoslowakei und insbesondere die historischen Rechte des Sudetendeutschums in diesem alten deutschen Siedlungsgebiet erkennt, sollten wir aus allgemeinen nationalpolitischen Gründen ein besonderes Interesse haben.⁵²

Für die Broschüre sprach sich auch die SdP aus, genauer gesagt Ernst Kundt, der keinen Konflikt zwischen den Zielen der Parteipropaganda und der Publikation in Großbritannien sah.⁵³ Diesem Druck, der von der Berliner Zentrale der NOFG aus-

⁵⁰ Das Auswärtige Amt bat Kohte in einem Brief vom 8. 5. 1936 um eine Stellungnahme in der Angelegenheit. Dieser wies darauf hin, dass Grossers Befürchtungen keineswegs von allen „massgeblichen sudetendeutschen Herren“ geteilt würden. Kohte zufolge vertrete auch die NOFG die Ansicht, allzu große Ängste würden es in letzter Konsequenz unmöglich machen, im Ausland öffentlich für die sudetendeutschen Belange einzutreten. Diesen Effekt gälte es unter allen Umständen zu verhindern, da bekannt sei, „dass ein Interesse für sudetendeutsche Fragen in Westeuropa gewöhnlich auf die Tschechen einen mässigenden Einfluss ausgeübt hat“. BAArch, R 153/1322. Wolfgang Kohte an das Auswärtige Amt, Berlin, 8. 5. 1936.

⁵¹ BAArch, R 153/1322. Deutsche Gesandtschaft, gez. Frhr. v. Stein, an das Auswärtige Amt, Prag, 17. 6. 1936.

⁵² *Ebenda*.

⁵³ BAArch, R 153/1322. Notiz, Kohte, Berlin-Dahlem, 9. 7. 1936. – Kundt bezog sich damit auf Grossers Befürchtungen, die Broschüre könnte sich negativ auf die Stellung der SdP auswirken. So hatte Grosser in seinem Brief an Brackmann, in dem er diesen von der Notwendigkeit zu überzeugen versuchte, die Arbeit an der Broschüre einzustellen, geschrieben: „Ich bin mit anderen Prager Herren eben heute der Meinung, dass der Zeitpunkt [für die Veröffentlichung, O. K.] mit Rücksicht auf die heutige Lage nicht günstig ist; [die Broschüre, O. K.] kann der um ihre Existenz ringenden Sudetendeutschen Partei (Henlein war in London) angelastet und zu ihrer Auflösung mit herangezogen werden.“ BAArch, R 153/1322. Otto Grosser an Albert Brackmann, Thumersbach, Salzburg (Hotel Pitter), 26. 4. 1936. – Grossers Befürchtungen sollten durch die Pläne des Theologen und Historikers Eduard Winter entkräftet werden, die dieser bei seinem Besuch der NOFG am 4. 6. 1936 vorgestellt hatte. Winters Aussagen zufolge fürchtete sich Grosser vor allem davor, dass „die Tschechen“ bei Erscheinen der Schrift in England „auf das Peinlichste“ nachforschen würden, wer sich an ihrem Zustandekommen beteiligt hatte, und die Verbindung zwischen der DU und der NOFG aufdecken würden. Daher schlug Winter vor, „die Tschechen“ auf eine falsche Fährte zu locken: „Für einen solchen ‚Blitzableiter‘ hält Prof. Winter den jetzt in München amtierenden Prof. San Nicolo bestens geeignet, da er den Tschechen schon längst als ‚Hetzer‘ bekannt ist. Man könnte seinen Namen gegebenenfalls in London bekannt werden lassen.“ BAArch, R 153/1322. Wolfgang Kohte, Notiz über eine Besprechung mit Prof. Winter am 3. VI., Berlin-Dahlem, 4. 6. 1936.

geübt wurde, konnte Grosser nicht standhalten, so dass er im Juli 1936 der Veröffentlichung der Broschüre schließlich zustimmte.

Doch auch nachdem der Widerstand eines Teils der eingeweihten Professoren überwunden war, verzögerte sich die Herausgabe der Broschüre weiter. Der Grund dafür war die Schwierigkeit, in London einen geeigneten Verlag zu finden, da die ursprünglich ausgewählte Druckerei 1935 die gegen Hitler gerichtete Schrift „Hitler and the Nazi Dictatorship“ in ihr Programm aufgenommen hatte, die in den Augen der Herausgeber der Broschüre eine „Hetzschrift“ war.⁵⁴ Erst im Dezember 1936 gab Joseph Goebbels' Propagandaministerium die Zustimmung zum Druck der Broschüre bei „Robert Hale and Company“,⁵⁵ so dass sie schließlich im Herbst 1937 erschien.⁵⁶ Nun galt es nur noch, den erwünschten propagandistischen Effekt herbeizuführen. Dafür bediente sich die NOFG nicht nur ihres Kontakts zu Margarete Gärtner von der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“,⁵⁷ sondern auch der Auslandskontakte der SdP. Bei einem Treffen Ende Dezember 1936 erhielt Kohte für die NOFG von Heinz Rutha ein Verzeichnis der Vertrauensleute der SdP in England.⁵⁸ Anfang Dezember 1937 verhandelte Kohte auch mit Kurt Oberdorffer, zu dieser Zeit Archivar in Brüx (Most) und Vertreter der NOFG in der Tschechoslowakei, sowie dem Kulturbeauftragten der SdP, Franz Höller.⁵⁹ Höller setzte sich dafür ein, dass nicht nur angesehene tschechische Zeitungen und Zeitschriften ein Exemplar des Buches zugeschiedt bekamen, sondern auch Karel Čapek. Davon versprach er sich, dass Čapek, [...] der der hervorragendste Kopf unter den Literatenkreisen des Regierungslagers ist, die auf den guten Eindruck in England heute besonders großes Gewicht legen, den Eindruck dieser Broschüre in den breitesten Kreisen herumtragen [wird].⁶⁰

⁵⁴ BArch, R 153/1322. Antwort der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums, Berlin 19.9.1936, auf die Frage der NOFG bezüglich des Buches „Hitler and the Nazi Dictatorship“.

⁵⁵ BArch, R 153/1322. Brief des Auswärtigen Amtes an die NOFG, Berlin, 14.12.1936. – Ende April 1937 sandte die NOFG über die deutsche Botschaft London 75 britische Pfund an den Verlag Hale. BArch, R 153/1440. Deutsche Gesandtschaft an die NOFG, London, 22.4.1937.

⁵⁶ BArch, R 153/1440. Albert Brackmann an das Auswärtige Amt, z. h. v. H. [zu Händen von Herrn] Dr. Goeken, 16.10.1937.

⁵⁷ BArch, R 153/1440. Aktennotiz, Kohte, 7.12.1937. – Die Adressen in Skandinavien sollte die „Nordische Gesellschaft“ beisteuern, Margarete Gärtner sollte die Adressen in Großbritannien und den USA besorgen. Das Verzeichnis, das Kohtes Aufzeichnungen beiliegt, umfasst 300 Anschriften von Persönlichkeiten überwiegend aus amerikanischen akademischen Kreisen.

⁵⁸ BArch, R 153/1322. Notiz, Berlin-Dahlem, 21.12.1936, Kohte.

⁵⁹ Auf Empfehlung von Kurt Oberdorffer wurde diese Broschüre an eine ganze Reihe sudeutendischer Periodika geschickt. Ein Exemplar überreichte Oberdorffer Konrad Henlein persönlich. BArch, R 153/1440. Notiz, Kohte, Berlin-Dahlem, 10.12.1937. – Zu Oberdorffer siehe: *Němec, Jiří: Kurt Oberdorffer*. In: *Haar, Ingo/Fahlbusch, Michael/Berg, Matthias* (Hgg): *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen*. München 2008, 444-448.

⁶⁰ Exemplare der Schrift gingen an die Redaktionen von „Venkov“ (Das Land), „Národ“ (Die Nation), „České Slovo“ (Tschechisches Wort), „Národní listy“ (Nationale Blätter), „Národní osvobození“ (Nationale Befreiung) und „Přítomnost“ (Die Gegenwart). – Notiz, Kohte, Berlin-Dahlem, 10.12.1937 (vgl. Anm. 59).

1938 erreichte das Buch sogar eine zweite Auflage, die wiederum von der NOFG finanziert wurde.⁶¹ Indessen wurde die in Betracht gezogene deutsche Übersetzung nicht verwirklicht, da sie im Zusammenhang mit der Krise von München zunächst verschoben wurde⁶² und sich durch die nachfolgenden Ereignisse schließlich ohnehin erübrigte.

Nachwuchsförderung aus dem Deutschen Reich und Karriereplanung

Zu der Zeit, als sie mit der Vorbereitung der Publikation über die Prager Universität befasst war, begann die NOFG auch mit der Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der Deutschen Universität Prag. Die Initiative ging erneut von Gesemann wie auch von Eduard Winter aus, die im Akademischen Senat der Kommission für die Förderung des akademischen Nachwuchses vorsahen.⁶³ Bereits bei der bereits erwähnten Konferenz in Waldbärenburg-Schellerau Ende März 1935 hatte Gesemann die Unterstützung von Prager Assistenten durch die NOFG angeregt. Nach Gesprächen zwischen der NOFG und dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung erhielt die Universität die Zusage für drei Jahresstipendien, die Prager Assistenten den Aufenthalt an Hochschulen in Deutschland ermöglichen sollten.⁶⁴ Die Entscheidung über die Vergabe lag allein in der Kompetenz der Prager Senatskommission, die im August 1935 die ersten Kandidaten auswählte.⁶⁵ Das Stipendienprogramm, das bis 1938 lief, muss vor allem als

⁶¹ BArch, R 153/1441. Wolfgang Kohte an den Verlag Hale, Berlin-Dahlem, 20.4.1938. – In der zweiten Auflage sollte auf Verlangen von Boyce deutlich nachvollziehbar sein, welcher Autor welchen Beitrag verfasst hatte. Er war nämlich nicht sonderlich begeistert von Dawsons Text und von der Reaktion auf das Buch in den USA: „As I expected would be the case, some of my American friends are not pleased that I have written the essay for they think the book too much one of propaganda and written with too much of a Tendenz. I tried to avoid that in my part and I have explained to them that I had great confidence in professor Dawson as a scholar and writer of distinction to feel that he had been [...] biased.“ BArch, R 153/1441. Gray C. Boyce an Albert Brackmann, Princeton, 18.3.1938, Hervorhebung im Original.

⁶² BArch, R 153/1441. Albert Brackmann an William H. Dawson, 28.9.1938.

⁶³ BArch, R 153/1320. Otto Grosser an Albert Brackmann, Prag, 10.4.1935. – Zu Winter und seinem Weg vom sudetendeutschen Katholizismus der Zwischenkriegszeit zum DDR-Historiker: *Němec, Jiří*: Eduard Winter (1896-1982). „Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der österreichischen Geistesgeschichte unseres Jahrhunderts ist in Österreich nahezu unbekannt.“ In: *Hruza, Karel* (Hg.): *Österreichische Historiker 1900-1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*. Wien, Köln, Weimar 2008, 619-676.

⁶⁴ Die NOFG und das Reichsministerium des Innern einigten sich darauf, die Assistenten aus Prag an den deutschen Hochschulen für jeweils ein Jahr als Volontäre mit einem monatlichen Stipendium von 150 RM anzustellen. Vgl. BArch, R 135/1320. Albert Brackmann an Otto Grosser, Berlin-Dahlem, 10.9.1935.

⁶⁵ Es handelte sich dabei um den Musikwissenschaftler Dr. Walter Wunsch, der nach Berlin gesandt wurde, Dr. Hans Kuderna, der eine Stelle am Institut für Geographie der Berliner Universität erhielt, sowie um Ing. Alois Schreyer, der an die Technische Hochschule München ging. BArch, R 153/1320. Rektorat DU (Gesemann) an den Generaldirektor der Staatsarchive (Brackmann), Prag, 23.9.1935. – Walter Wunsch wurde 1933 mit der Dissertationsschrift „Die Geigenteknik der südslawischen Guslaren“ (begutachtet von

eine Institution gesehen werden, mit deren Hilfe die involvierten Prager Professoren – in diesem Fall Gesemann und Winter – ihren Einfluss an der Universität zu vergrößern suchten. Dass sie ihren eigenen Schülern bzw. dem wissenschaftlichen Nachwuchs, der ihnen verbunden war, weitere Qualifizierungsmöglichkeiten sicherten, war nicht nur Ausdruck eines traditionellen Lehrer-Schüler-Verhältnisses, sondern zugleich auch ein Weg, eigene Kandidaten für künftig freiwerdende Posten an der Universität in Stellung zu bringen. Das Reservoir an qualifizierten Kandidaten, die ihren Lehrern sowohl fachlich als auch politisch nahe standen, wurde den reichsdeutschen Institutionen gegenüber in eindeutigen ideologischen Formulierungen dargestellt. So begründete Winter in seinen Gesprächen mit Kohte im Juni 1936 die Notwendigkeit, ein Programm für Assistentenstellen ins Leben zu rufen, wie folgt:

Es kommt vor allem darauf an, dass für so wichtige Fächer wie neuere Geschichte und deutsche Literaturgeschichte möglichst rasch deutscher Nachwuchs herangebildet wird, da sonst die Gefahr besteht, dass allein die Jüdin Kät[h]e Spiegel sich für neuere Geschichte habilitiert und dass nach dem früher oder später zu befürchtenden Weggang von Prof. Cysarz sein Ordinariat an den Juden Körner (Cohn) übergeht.⁶⁶

Trotz dieser Rhetorik wurden weder Eduard Winter, der ursprünglich katholischer Theologe gewesen war, noch der Slawist Gerhard Gesemann an der Universität als eindeutig „national“ orientiert angesehen.⁶⁷ Deshalb blieb die Tatsache, dass eben diese beiden Professoren aufgrund ihres Engagements in den sudeten-deutsch-reichsdeutschen Beziehungen recht bedeutende Kompetenzen in Personalfragen erlangten, die im akademischen Bereich stets aufmerksam verfolgt werden,

Gustav Becking und Gerhard Gesemann) promoviert, Hans Kuderna verteidigte im selben Jahr seine Dissertation zum Thema „Die staatsrechtlichen Anschauungen des Grafen Lev Thun“ (begutachtet von Wilhelm Wostry und Heinz Zatschek).

⁶⁶ BArch, R 153/1320. Notiz über eine Besprechung mit Herrn Prof. Winter am 3. 6., Berlin-Dahlem, 4. 6. 1936.

⁶⁷ Damit möchte ich jedoch auf keinen Fall behaupten, dass es sich bei den von Winter überlieferten Aussprüchen um Verstellung gegenüber der geldgebenden reichsdeutschen Institution gehandelt habe. Winters Worte spiegelten die antisemitischen Ressentiments wider, die an der Fakultät herrschten und die den Universitätskarrieren beider Genannter im Wege standen. Die Historikerin Käthe Spiegel, Tochter von Ludwig Spiegel, Juraprofessor an der DU, scheiterte schließlich sogar zwei Mal an der Habilitation. Davon, dass die Gründe dafür nicht fachlicher Natur waren, zeugen die Quellen in ihrer Personalakte. AUK, Filozofická fakulta Německé univerzity v Praze [Philosophische Fakultät der Deutschen Universität Prag, FF NU], Kart. 55. – Siehe auch: *Oberkofler*, Gerhard: Käthe Spiegel. Aus dem Leben einer altösterreichischen Historikerin und Frauenrechtlerin in Prag. Innsbruck 2005. – Käthe Spiegel hatte das große Pech, in Konkurrenz zu Anton Ernstberger zu stehen, der für die Historiker an der DU aus politischen und ideologischen Gründen, aber auch aufgrund seines Geschlechts der weitaus akzeptablere Kandidat war. Bei ihrem ersten Versuch wollte Spiegel im selben Fach habilitiert werden wie Ernstberger, beim zweiten Versuch im Jahr 1936 schrieb Ernstberger, der damals bereits außerordentlicher Professor war, ein extrem einseitiges und negatives Gutachten zu der neuen Habilitationsschrift Spiegels. – Zu Käthe Spiegel auch: *Hruza*, Karel: Ein vergeblicher Hilferuf. Der Brief Käthe Spiegels. In: *Bohemia* 48 (2008) H. 1, 203–210. – Zu Körner und den Komplikationen, die sich bei seiner Habilitation ergaben, vgl.: *Klausnitzer*, Ralf: Josef Körner – Philologe zwischen den Zeiten und Schulen. Ein biographischer Umriss. In: *Ders.* (Hg.): Josef Körner: Philologische Schriften und Briefe. Göttingen 2001, 385–461.

nicht unbemerkt. Anfang Oktober versuchte der VDA, die Auswahl der Assistenten zu beeinflussen, und kritisierte, dass diese „einseitig in dem stark katholisch bestimmten Kreis um Professor Winter (Staffelsteiner u. a.) vorgenommen“ worden sei, während „unbedingt völkisch eingestellt[e] akademisch[e] Kreise“ über das neue Programm nicht ausreichend informiert worden seien.⁶⁸ Diese Intervention war erfolgreich: Nachdem der VDA Brackmann im November 1936 ein negatives Gutachten über die Kandidaten für die Assistentenstellen geschickt hatte,⁶⁹ blieb Kohte nichts anderes übrig, als Winter aufzufordern, bei der Auswahl der Kandidaten auf die politische Haltung der Assistenten zu achten.⁷⁰ Zudem verlangte er, künftig auch Ernst Swoboda, Professor an der Juristischen Fakultät, in das Verfahren einzubinden. So bot das Assistentenprogramm, das reichsdeutsche Organisationen entwickelt hatten, die im größeren Kontext der Politik gegenüber den Auslandsdeutschen operierten, den mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden sudetendeutschen Wissenschaftlern Raum für politische und ideologische Kaderbildung.

Die Nachwuchsförderung bildete allerdings nur eine Form der Unterstützung der Deutschen Universität Prag durch die NOFG. Zeitgleich mit den Vorbereitungen des Assistentenprogramms wurde auf Anregung des Semitologen Adolf Grohmann die Idee entwickelt, dieses auf die Dozenten und Professoren auszuweiten.⁷¹ Hinter

⁶⁸ BArch, R 153/1320. VDA (Wissenschaftliche Abteilung) an die NOFG, Berlin, 1.10.1936, Vertraulich! Der VDA wies darauf hin, dass er sich auf der Grundlage der Informationen „durch unsere sudetendeutschen Verbindungsmänner“ an der Auswahl der Assistenten beteiligen werde, damit „die wenigen Stellen mit einwandfreien Kräften besetzt werden können“.

⁶⁹ Es handelte sich vor allem um Gutachten für Wilhelm Krause und Hans Kuderna, die der VDA Brackmann in Abschrift übersandte. BArch, R 153/1320. VDA (Wiss. Abteilung) an die NOFG, 26.11.1936, 1. Anlage. – In der Abschrift, die keine Unterschrift und kein Datum trägt, heißt es: „Inzwischen hat sich bei Dir Dr. Krause gemeldet. Es ist meine Pflicht, Dich über ihn zu informieren. Er ist Redakteur des katholischen Blattes ‚Volk und Glaube‘ und war lange Zeit als Staffelsteiner Vorsitzender der studentischen Völkerbundliga, bei der auch Kuderna kräftig mitwirkte. Krause war nie bei der S. d. P., Kuderna ist jetzt in Prag als Korpsführer des internationalen Scout-Verbandes tätig. Krause ist einer der Führenden in der katholischen Jugend, deshalb wollte er ja auch nach Bonn oder Münster. Beide, Krause und Kuderna, haben schon des öfteren Stipendien in Deutschland genossen. Ihre wissenschaftliche Tätigkeit ist bisher noch nicht bekannt [...]“. Auf dieses Schreiben reagierte der VDA mit einer offenen Drohung: „Wir werden durch entsprechende Vorkehrungen dafür sorgen müssen, dass künftig nur völkisch einwandfreie sudetendeutsche Wissenschaftler für die zu besetzenden Assistentenstellen vorgeschlagen werden.“ *Ebenda*.

⁷⁰ Das geschah bei einem Gespräch, das Kohte mit Winter, Grosser, Swoboda, Pfitzner und anderen über die Assistentenstellen führte. Die Besprechung fand Ende Dezember offensichtlich an der DU statt. BArch, R 153/1320. Notiz (Kohte), 30.12.1936. – Dank dieser Intervention wurden auch „nationale Kreise“ an der Universität in die Auswahl der Assistenten eingebunden. Das Stipendium für das akademische Jahr 1937/38 erhielt z. B. Dr. Karl Vogt, den Pfitzner „sehr warm“ empfohlen hatte. BArch, R 153/1320. Otto Grosser an Albert Brackmann, Prag, 25.6.1937. – Neben Vogt, der an die Universität Göttingen ging, erhielten Dr. Feest (Berlin) und Dr. Strobl (München) Stipendien aus dem Programm. Siehe: BArch, R 153/1320. REM (gez. Kasper) an Albert Brackmann, Berlin, 4.9.1937.

⁷¹ Grohmann besuchte Kohte am 28.10.1935 in Berlin und trug ihm den Vorschlag vor, Prager Dozenten und Professoren zu unterstützen. Am selben Tag verhandelte er auch mit Brackmann über die Förderung von Prager Hochschullehrern. Kohte organisierte für Grohmann

dieser Initiative standen vor allem persönliche Motive: Denn persönliche Kontakte zu deutschen Universitäten steigerten die Chance auf einen Ruf an eine reichsdeutsche Universität beträchtlich – der Karriere Traum vieler Prager Professoren.

Grohmanns Plan, der offenbar mit Kenntnis eines Teils des Akademischen Senats entstanden war, beinhaltete nicht nur Gastvorlesungen im Reich, sondern auch Semestervertretungen freier Lehrstühle an deutschen Universitäten durch Professoren aus Prag. Brackmann nahm diesen Vorschlag auf und begann, mit den zuständigen Stellen im Reich zu verhandeln. Ihm zufolge versprachen sich die „sudetendeutschen“ Hochschulen von dem Programm die Unterstützung des Lehrkörpers durch das Reich, wodurch die „Festigung des Zusammenhalts im Rahmen der deutsche[n] Hochschullehrerschaft überhaupt“ und eine „Rückenstärkung für den einzelnen Dozenten“ erzielt werden sollte, der „einmal im Reich gewesen ist“.⁷²

Der ursprüngliche Plan, die Lehrenden an den deutschen Hochschulen in der Tschechoslowakei zu unterstützen, den Winter und Pfitzner vorgelegt hatten, wurde schon bald um ein Projekt erweitert, in dessen Rahmen Gastvorlesungen in Deutschland und der Tschechoslowakei stattfinden und in das auch tschechische Wissenschaftler eingebunden werden sollten. Das vorrangige Ziel dieser Austauschvorlesungen lag darin, den sudetendeutschen Professoren und Dozenten den Weg ins Reich zu ebnen, da es einfacher sein würde, „die sudetendeutschen Hochschulen stärker mit dem reichsdeutschen Geistesleben in Verbindung zu bringen, wenn in gewissem Umfang auch die Tschechen an diesem Austausch teilnehmen“.⁷³

In Prag war es in erster Linie Eduard Winter, der sich der Vorbereitung des Projekts annahm, als tschechischen Partner schlug er die Historiker Josef Pekař oder Josef Šusta vor.⁷⁴ Im August 1936 informierte Brackmann schließlich das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie das Auswärtige Amt offiziell von dem Vorhaben.⁷⁵

zudem einen Besuch im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. BArch, R 153/1324. Notiz (Kohte), 29.10.1935.

⁷² BArch, R 135/R 1324. Albert Brackmann an Ministerialdir. Vahlen, Berlin-Dahlem, 28.10.1935.

⁷³ Siehe: BArch, R 153/1416. Handschriftlicher Entwurf für den Brief von Brackmann an Grosser ins österreichische Thumersbach bei Zell am See, 16.7.1936.

⁷⁴ Der Niederschrift des Gesprächs zwischen Kohte und Winter zufolge, das am 3.6.1936 in Berlin stattfand, hatte sich Winter auch mit Pekař getroffen und mit ihm über die Möglichkeit, eine Vorlesung in Berlin zu halten, gesprochen, die allerdings an Pekařs schlechtem Gesundheitszustand scheiterte. An Pekařs Stelle schlug Winter daher Šusta vor, der Winter zufolge allerdings „im Gegensatz zu Pekař zunächst Weisungen von dem Außenminister Krofta einziehen und sich bei einer solchen Vortragsreihe sehr diplomatisch, vorsichtig verhalten“ würde. BArch, R 153/1416. Notiz, Kohte, 4.6.1936.

⁷⁵ BArch, R 153/1416. Albert Brackmann an REM/AA, Berlin-Dahlem, 27.8.1936. – Für die tschechische Seite schlug Brackmann außer Pekař und Šusta auch F. X. Šalda und Bedřich Hrozný vor. Dabei hielt er es für sinnvoll, „nicht sogleich einen Tschechen nach Berlin, an die größte Universität des Reiches einzuladen“. Für den Anfang brachte Brackmann Leipzig ins Gespräch. In welchem Umfang die genannten tschechischen Professoren wirklich über das Austauschprogramm informiert waren, bleibt indessen eine offene Frage. Anhaltspunkte liefern lediglich der genannte Verweis von Winter auf sein Gespräch mit Pekař und der zitierte Brief, in dem Brackmann berichtet, dass Pfitzner bereits mit einem Vorstands-

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Verzeichnis deutscher Professoren aus Prag, das Otto Grosser Brackmann als Kandidatenliste für Vorlesungen im Reich vorlegte – es enthielt ausschließlich Namen von Professoren, bei denen man davon ausgehen kann, dass sie in die Zusammenarbeit mit der NOFG eingeweiht waren. Von der Philosophischen Fakultät schlug Grosser die Historiker Wilhelm Wostry, Anton Ernstberger, Heinz Zatschek und Josef Pfitzner vor, ferner den Ur- und Frühgeschichtler Leonhard Franz; dazu kamen der Germanist Ernst Schwarz, der Slawist Gerhard Gesemann, der Kunsthistoriker Karl-Maria Swoboda, der Musikwissenschaftler Gustav Becking sowie Eduard Winter, der zu dieser Zeit neben seinem Ordinariat an der Theologischen Fakultät auch Dozent an der Philosophischen Fakultät war.⁷⁶ Die Austauschvorlesungen und vor allem die Tätigkeit deutscher Hochschullehrer aus der Tschechoslowakei an reichsdeutschen Hochschulen, die den eigentlichen Zweck des ganzen Unternehmens darstellten, wurden allerdings nicht realisiert. Das Auswärtige Amt in Berlin lehnte sie mit dem nicht näher ausgeführten Verweis auf die „momentane politische Situation“ ab.⁷⁷

Weitaus erfolgreicher war indessen die Zusammenarbeit zwischen der NOFG und einem Teil der deutschen Wissenschaftler in der Tschechoslowakei bei der Unterstützung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, also bei Konferenzen und kulturpolitischen Aktionen. War es den reichsdeutschen Institutionen bei den vorgegangenen Programmen vor allem deswegen gelungen, ihren Einfluss im sudetendeutschen Milieu geltend zu machen, weil sich die Prager Professoren von der Zusammenarbeit Anerkennung im In- und Ausland erhofften und einige unter ihnen danach strebten, Kontakte mit dem Prestige verheißenden deutschen Universitätsmilieu aufzubauen und darüber ihre Stellung an der eigenen Alma Mater zu stärken, spielten im zweiten Fall finanzielle Belange die Hauptrolle. Die Schlüsselstellung hatte hier auf sudetendeutscher Seite der Germanist Erich Gierach inne. Von ihrer Entstehung an unterhielt Gierach enge Kontakte mit der „Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ (SOFG) sowie mit der NOFG, die sich z. B. an der Finanzierung der Hochschulwoche in Mährisch-Neustadt (Uničov) im Sommer 1936 beteiligte.⁷⁸ Die Verhandlungen darüber wurden vom „Deutschen Verband für

mitglied des „Historischen Klubs“ (Historický klub) über den Austausch von Vorlesungen gesprochen habe. *Ebenda*.

⁷⁶ BAArch, R 153/1416. Otto Grosser an Albert Brackmann, Thumersbach bei Zell am See, 27.8.1936, Handschrift.

⁷⁷ Das Auswärtige Amt informierte die NOFG in seinem Schreiben vom 9.11.1936 über seine ablehnende Haltung. BAArch, R 153/1416. AA an Brackmann, Berlin, 9.11.1936. – Allerdings wurden die Verhandlungen über das Programm fortgesetzt; im Januar 1937 äußerte der deutsche Gesandte Ernst von Eisenlohr jedoch Zweifel daran, dass das Programm in nächster Zeit realisiert werden könnte, und begründete dies mit der angeblich andauernden „tschechoslowakische[n] Verhaftungspsychose“. BAArch, R 153/1416. Eisenlohr (Deutsche Gesandtschaft Prag) an Auswärtiges Amt, Prag, 29.1.1937.

⁷⁸ Das Treffen sollte ursprünglich im Rahmen der sudetendeutschen Kulturwoche im Mai 1936 stattfinden, die als Rahmen für den Parteitag der SdP in Aussig (Ústí nad Labem) geplant war. BAArch, R 153/1316. Notiz Kohtes über sein Gespräch mit Gierach. – Nachdem der Parteitag verboten worden war, musste eine Ersatzlösung gefunden werden – dieses Mal vor allem ohne offensichtliche Verbindung zur SdP, so kam man auf die Hochschulwoche in Mährisch-Neustadt. Bei dieser Wahl spielte auch das zeitgleich stattfindende

Heimatsforschung und Heimatbildung“ organisiert, dessen Vorsitzender bis Mai 1936 eben Gierach gewesen war.⁷⁹ Während die SOFG die Beteiligung der österreichischen Gäste unter der Führung des Historikers Hans Hirsch finanzierte, kam die NOFG für die Teilnahme der reichsdeutschen Delegation auf, die von dem Breslauer Historiker Hermann Aubin geleitet wurde.⁸⁰

Diese finanzielle Unterstützung von deutscher Seite hatte eine politisch-ideologische Dimension, da die NOFG Kohte zufolge die Aufgabe erfüllte, „die volkspolitisch-wissenschaftliche Tätigkeit im Grenz- und Auslandsdeutschum des Ostens zu fördern“. Die Verhandlungen in Mährisch-Neustadt sollten der „Besprechung der Fragen sudetendeutscher Heimatsforschung“, dem Zusammenkommen „der reichsdeutschen, sudetendeutschen und deutschösterreichischen Volkstumsforscher“ und der Einführung „junger reichs- und sudetendeutscher Wissenschaftler in die schwebenden wissenschaftlichen Fragen“ dienen. Die Bedeutung des Treffens in Mähren wurde dabei hoch veranschlagt, denn, so Kohte in seinem Bericht: „Eine andere Möglichkeit, volkspolitisch eingestellte Wissenschaftler aus verschiedenen Teilen des deutschen Sprachgebietes zusammenzuführen besteht in absehbarer Zeit nicht.“⁸¹

Von den Professoren der Deutschen Universität Prag brachte sich Josef Hanika bei den Hochschulwochen mit einer Vorlesung über Volkstrachten ein,⁸² Wilhelm Weizsäcker las über die Entwicklung des Stadtrechts in den „Sudetenländern“, Wilhelm Wostry trug über „Das Deutschtum zwischen Hussitenzeit und Dreißigjährigem Krieg“ vor und Pfitzner sprach über die Entwicklung des Sudetendeutschums vom Landespatritismus bis „zur politischen Einigung unter Konrad Henlein“.⁸³

Treffen des „Bundes der Deutschen“ in Mährisch Schönberg (Šumperk) eine Rolle, dessen Teilnehmer der Hochschulwoche einen Besuch abstatteten. BArch, R 153/1316. Bericht über die 14. Sommerhochschulwoche in Mährisch-Neustadt, Berlin-Dahlem, 13.8.1936.

⁷⁹ Gierach wurde nach seinem Wechsel nach München im Vorstand des Vereins von Wilhelm Weizsäcker ersetzt. BArch, R 153/1316. Rundschreiben. Deutscher Verband für Heimatsforschung und Heimatbildung in der tschechoslowakischen Republik. Adresse: Reichenberg, Turmgasse 9, Ende Mai 1936.

⁸⁰ BArch, R 153/1316. Bericht über die 14. Sommerhochschulwoche in Mährisch-Neustadt, Berlin-Dahlem, 13.8.1936. – Damit knüpfte die NOFG an die Unterstützung an, die sie der Reichenberger Hochschulwoche im Jahr 1935 gewährt hatte. Siehe: BArch, R 153/1316.

⁸¹ BArch, R 153/1316. Wolfgang Kohte an die Devisenkommission, Vertraulich, Berlin-Dahlem 6.6.1936. – In diesem Brief bat Kohte um die Zuteilung von Devisen (tschechoslowakischen Kronen) zur Finanzierung der deutschen Teilnahme an dem Treffen. Wie aus der weiteren Korrespondenz hervorgeht, wurde sein Antrag positiv beschieden.

⁸² Zu Hanika: Weger, Tobias: „Völkische“ Wissenschaft zwischen Prag, Eger und München. Das Beispiel Josef Hanika. In: Brenner, Christiane/Franzen, K. Erik/Haslinger, Peter/Luft, Robert (Hgg.): *Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen – Institutionen – Diskurse*. München 2006, 177-208 (BWT 28). – Zückert, Martin: *Josef Hanika (1900-1963). Volkskundler. Zwischen wissenschaftlicher Forschung und „Volkstumskampf“*. In: Glettler/Mišková (Hgg.): *Prager Professoren 205-220* (vgl. Anm. 11). – Zur sudetendeutschen Volkskunde jetzt: *Lozoviuk, Petr: Interethnik im Wissenschaftsprozess. Deutschsprachige Volkskunde in Böhmen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen*. Leipzig 2008.

⁸³ BArch, R 1316/16. Bericht über die 14. Sommerhochschulwoche in Mährisch-Neustadt, Berlin-Dahlem, 13.8.1936.

Daneben beteiligte sich Gierach, der zu dieser Zeit bereits Professor an der Universität München war, auch an der Organisation und Mitfinanzierung der folgenden Hochschulwochen, die im Juli 1937 in Böhmisches Leipa (Česká Lípa) stattfanden. Er reiste mit einer ganzen Gruppe Münchner Studenten zu dem Treffen an;⁸⁴ für die Mitglieder der reichsdeutschen Delegation hatte die NOFG wiederum die Reisekosten übernommen.

Allerdings vermittelte Gierach nicht nur für solche Unternehmen Unterstützung aus Deutschland, sondern leitete auch Anträge auf finanzielle Förderung von Projekten ihm nahe stehender sudetendeutscher Wissenschaftler und der von ihnen geleiteten „heimattreuen“ Kultur- und Bildungsinstitutionen an die NOFG weiter. So erfreuten sich ab Mitte der 1930er Jahre sowohl die Reichenberger „Anstalt für Sudetendeutsche Heimatgeschichte“, die Gierach gegründet und bis zu seinem Weggang nach München 1936 geleitet hatte, finanzieller Unterstützung aus Deutschland als auch Projekte zur Siedlungsgeschichte, Toponomastik, Onomastik und anderen heimatkundlichen Forschungsthemen, denen Gierach verbunden war.⁸⁵

Fazit

Das Geld, das die NOFG in den 1930er Jahren zur Unterstützung kulturpolitischer Aktivitäten und Projekte in die Tschechoslowakei schickte, war einerseits Ausdruck der Bemühungen, den „Volksgenossen“ im Ausland zu helfen. Andererseits – und vielleicht sogar in erster Linie – war es dazu bestimmt, Kontakte zwischen der sudetendeutschen Wissenschaft und reichsdeutschen Partnern herzustellen. Dieser zielgerichtete Aufbau persönlicher Beziehungen zwischen einem Teil der deutschsprachigen Wissenschaft in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit mit Repräsentanten der reichsdeutschen Wissenschaft über wissenschaftliche oder kulturelle Veranstaltungen erlaubte es der NOFG nicht nur, Informationen über das sudetendeutsche wissenschaftliche Milieu zu sammeln. Die Unterstützung bildete zugleich auch die Voraussetzung für die gezielte Beeinflussung der wissenschaftlichen und

⁸⁴ BAArch, R 53/1443. Bericht über die 15. sudetendeutsche Hochschulwoche in Böhmisches Leipa 4.-11.7.1937 (ohne Datum).

⁸⁵ Über die Unterstützung der beiden Reichenberger Institutionen „Anstalt für Sudetendeutsche Heimatgeschichte“ und „Bücherei der Deutschen“, diverser toponomastischer und onomastischer Forschungsprojekte sowie von Publikationen aus diesen geplanten Projekten verhandelte Gierach im Dezember 1935 mit Wolfgang Kohte in Berlin. Siehe: BAArch, R 153/1343. Aufzeichnungen Kohte. – Wie auch aus den Formulierungen in diesen Dokumenten hervorgeht, handelte es sich dabei nicht um den ersten Fall finanzieller Unterstützung für Gierach. Diese Vermutung belegen auch die Nachweise über die Finanzierung der von Gierach und Emil Lehmann geleiteten „Deutschen Gesellschaft für Volksbildung“ aus Deutschland. Diese Nachweise wurden im Rahmen einer Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten der Gesellschaft gefunden, die die tschechoslowakische Polizei im September 1933 durchführte. Es zeigte sich unter anderem, dass der Gesellschaft im Februar 1933 insgesamt 8 000 RM aus Breslau angewiesen worden waren; der Absender war nicht zu ermitteln. NA, PZÚ, 207-1311-9. Policejní ředitelství v Liberci Státnímu zastupitelství v Liberci [Polizeidirektion Reichenberg an die Staatsanwaltschaft Reichenberg], Liberec, 19.9.1933, Opis [Abschrift].

politisch-ideologischen Entwicklung im Sinne des nationalsozialistischen Deutschland.

Dieser Schluss gilt allerdings für sämtliche oben beschriebenen Aktivitäten der NOFG in der Tschechoslowakei der 1930er Jahre. Denn die NOFG und alle „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ stellten das logistische Zentrum eines auf spezifische Art instrumentalisierten Wissenschaftsverständnisses dar, das auf einer engen Verknüpfung von Wissenschaft, Propaganda und Konformitätsbildung in Lehre und Forschung im „Dritten Reich“ basierte. Durch die finanzielle, organisatorische, personelle und ideologische Unterstützung der sudetendeutschen Wissenschaft konnte die NOFG das „Terrain sondieren“, Kontakte anbahnen und ausbauen sowie Informationen gewinnen. Darüber gelang es ihr schon bald, informell an der Positionierung der ihr gewogenen Wissenschaftler an der Prager Deutschen Universität und der Ausrichtung der dortigen Forschung mitzuwirken. So trug sie zur Entstehung und Festigung eines sozial und institutionell verankerten Netzwerkes in der deutschsprachigen Wissenschaft der Tschechoslowakei bei, das den gleichen politischen und ideologischen Zielen diene wie der reichsdeutsche Partner sowie ein ähnliches Verständnis von Wissenschaft und deren gesellschaftlicher Aufgabe pflegte. Somit konnten reichsdeutsche Stellen in Prag mit bereitwilliger Zusammenarbeit rechnen. Einige der Professoren waren ohnehin Vertreter eines scharfen Nationalismus und Antisemitismus, somit Feinde der Tschechoslowakischen Republik. Für eine Reihe anderer waren die Unterstützung und das Interesse seitens des Deutschen Reiches umso eher annehmbar, je weniger der tschechoslowakische Staat während der Wirtschaftskrise bereit und in der Lage war, die Voraussetzungen für eine pragmatische Loyalität zu schaffen. Dazu hätten zweifellos die finanzielle Förderung der Forschung an der Universität, die Vergabe von Stipendien sowie die Unterstützung von Publikationen gehört. Und nicht zuletzt: Boten sich dank der NOFG nicht die ersehnten Karrierechancen an angesehenen reichsdeutschen Universitäten?

Die Abwendung deutscher Professoren und Studenten von der Tschechoslowakei erreichte in einer Sitzung der „völkischen Professoren und Studenten sämtlicher völkischer Vereinigungen der deutschen Hochschulen in Prag“ im März 1938 im Deutschen Haus ihren Höhepunkt, bei der diese „begeistert den Anschluss der Ostmark an das deutsche Mutterland“ feierten,⁸⁶

[...] durch den eine zielbewusste kulturelle und völkische Zusammenarbeit Großdeutschlands und ein mächtiger Auftrieb seiner geistigen Kräfte gesichert wird. Auch die sudetendeutschen Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden aus diesem Zusammenschluss neue Kraft zu schöpfen. Hierzu ist die enge Zusammenarbeit mit den Lehranstalten und Instituten des gesamten deutschen Kulturkreises unerlässlich. Seit Jahren aber wird eine solche wissenschaftliche Zusammenarbeit planmäßig vereitelt.⁸⁷

Um diesen „unhaltbaren Zuständen“ ein Ende zu bereiten, übersandte die Versammlung, bei der der Germanist Herbert Cysarz als Hauptredner auftrat, Präsident

⁸⁶ AKPR, KPR, sign. D 12372/38, Kart. 133. An die Kanzlei des Herrn Staatspräsidenten, Prag, 25.3.1938, Abschrift.

⁸⁷ *Ebenda.*

Beneš einen Katalog von insgesamt acht Forderungen. Ein Teil dieser Forderungen war zuvor schon von der Prager Deutschen Universität vorgebracht worden, wurde nun aber radikaler formuliert – so z.B. der „sofortige“ Baubeginn eines neuen Universitätsgebäudes oder „die Aufhebung des auf einer geschichtlichen Fiktion beruhenden Gesetzes vom 19. Februar 1920, mit welchem man die deutsche Universität ihrer Vergangenheit zu berauben versuchte“. Andere jedoch entsprangen der konkreten Situation des Frühjahrs 1938 und zielten auf die vollständige Nazifizierung der Universität. So wurde offen gefordert:

Die Aufhebung des Verbots der deutschen Bücher und Zeitschriften [...]. Die Aufhebung [...] der Einschränkung des Rundfunkhörens [...]. Die Erlaubnis des unbehinderten Besuches von deutschen Hochschulen ausserhalb dieses Staates [...]. Die ungehinderte Zulassung ausländischer deutscher Gelehrter, Schriftsteller und Künstler zu Vorträgen [...]. Die uneingeschränkte Bewahrung der Autonomie unserer deutschen Hochschulen [...]. Die ungehinderte Zulassung deutscher Gelehrter bei Berufung auf die an unseren deutschen Hochschulen erledigten Lehrkanzeln [...] unter den gleichen Bedingungen, wie sie für Inländer gelten [...]. Beseitigung der unerträglichen Gesinnungserforschung bei Besetzungen von staatlichen Stellen, der Verleihung von Stipendien u. dgl. [...].⁸⁸

Die oben vorgestellten Beispiele der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Universität Prag und der NOFG dürfen selbstverständlich nicht überbewertet werden; auch können sie keineswegs als einzige und erschöpfende Erklärungen für die Beweggründe des Handelns und der Veränderungen dienen, die sich im Denken eines Teils der Prager Professoren vollzogen. Allerdings zeigen sie anhand konkreter Vorgänge, wie diese Professoren der Tschechoslowakei ihre pragmatische Loyalität aufkündigten und sich radikalisierten, Handlungsstrategien einzelner Akteure werden sichtbar und nachvollziehbar. Für den Prozess der persönlichen und politischen Identifikation dieses Teils der Prager deutschen Hochschullehrer mit dem nationalsozialistischen Deutschland und dessen Wissenschaftsverständnis, der bereits lange vor der Eingliederung der Deutschen Universität Prag in das deutsche Wissenschafts- und Verwaltungssystem begonnen hatte, waren daher mehrere Faktoren maßgeblich: Entscheidend waren ohne Zweifel die gezielte reichsdeutsche Politik auf der einen und die Bereitschaft, sich auf die angebotene Zusammenarbeit einzulassen, auf der anderen Seite. Hinter dieser Bereitschaft standen nicht zuletzt auch die Karrierewünsche der Prager deutschen Professoren.

Aus dem Tschechischen von Christiane Brenner

⁸⁸ *Ebenda.*